

Der Landesbeirat
für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen



Zu Besuch bei den Siebenbürger
Sachsen auf Schloss Horneck
Seite 16

Zweiter Runder Tisch mit
SED-Opferverbänden aus NRW
Seite 24

Portrait: Das Museum für
russlanddeutsche Kulturgeschichte
Seite 34

Kulturtagung
im Haus Oberschlesien
Seite 20

Virtuelle Heimatsammlungen
in Nordrhein-Westfalen
Seite 28

Editorial 2/2020



Liebe Leserinnen und Leser!

Ich hoffe sehr, dass Sie es so wie wir als Redaktionsteam empfinden: Auch die zweite Ausgabe unseres VAS-Journals in diesem Jahr ist ausgesprochen informativ und lesenswert!

Über die vielen positiven Rückmeldungen und selbstverständlich auch die Kritik zu unserer letzten Ausgabe des VAS-Journals möchte ich mich, auch im Namen meiner beiden Redaktionskolleginnen Claudia Brecht und Martina Rodrigues, recht herzlich bedanken.

In meinem letzten Editorial schrieb ich: „Die Erstellung dieser Ausgabe war geprägt – wie unser gesamtes Leben seit einigen Monaten – von den Auswirkungen der Corona-Pandemie.“ Dies gilt auch für diese Ausgabe, und es ist auch diesmal eine Herausforderung gewesen, die Mischung an Artikeln zu präsentieren, die Sie als Leserinnen und Leser des VAS-Journals erwarten dürfen.

Wie haben wir dieses Problem gelöst? Da weniger Präsenz-Veranstaltungen stattgefunden haben, finden Sie z. B. in dieser Ausgabe mehr Interviews als gewohnt. Wir haben die Zeit genutzt, um mit unterschiedlichen Persönlichkeiten ins Gespräch zu kommen, die sich für Vertriebene, Übersiedler und (Spät-) Aussiedler und auch für die Heimatverbliebenen engagieren. In den Interviews in dieser Ausgabe stellen wir Ihnen diese Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland vor. Auch zahlreiche Buchvorstellungen haben in dieser Ausgabe Platz gefunden.

Und nicht zuletzt haben wir uns in einem großen Artikel den digitalen Formaten gewidmet, der nicht nur einen ersten Überblick gibt, was möglich ist, sondern vielleicht auch anregt, selbst das ein oder andere einmal zu versuchen. Podcasts, Videobotschaften, digitale Museumsführungen und vieles mehr wurden konzipiert, um das Verbandsleben und das kulturelle Angebot aufrecht zu erhalten und gegebenenfalls sogar Modelle für die Zukunft zu entwickeln, die auch nach der Pandemie das Angebot bereichern könnten. All diese Aktivitäten zeigen, wie aktiv und lebendig die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge, Übersiedler, Aussiedler und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen sind! Dies ist nach innen und außen ein wichtiges Signal.

In diesem Sinn wünsche ich Ihnen auch dieses Mal eine anregende Lektüre und hoffe sehr, dass Sie gemeinsam mit Ihrer Familie ein schönes Weihnachtsfest verbringen werden. Und ganz wichtig: Bleiben Sie gesund!

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

I LANDESBEIRAT & LANDESBEAUFTRAGTER

- 4 Aufruf der Landesbeauftragten anlässlich des 20. Juni
- 6 Im Fokus: Spätaussiedleraufnahme in Corona-Zeiten
- 7 Die neuen Spätaussiedlerzahlen
- 8 Der Landesbeirat tagt erstmals virtuell
- 10 70 Jahre Charta der Deutschen Heimatvertriebenen – eine Würdigung
- 16 Zu Besuch bei den Siebenbürger Sachsen auf Schloss Horneck
- 24 Im Fokus: Zweiter Runder Tisch mit SED-Opferverbänden aus NRW
- 26 Bedeutende Tage der deutschen Nachkriegsgeschichte: 17. Juni 1953 und 3. Oktober 1990
- 48 Chronik des Landesbeirats Kapitel 2 – Ein Meilenstein: die Schaffung des Landesflüchtlingsgesetzes vom 2. Juni 1948

II INTERVIEWS UND PORTRAITS

- 14 Im Gespräch mit ... Otto Rasch, Vorsitzender des BdV in Velbert Neviges
- 34 Serie Kultureinrichtungen in NRW: Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte und Interview mit dem Museumsleiter Kornelius Ens
- 42 Im Gespräch mit ... Rafal Bartek, Vorsitzender des Regionalparlamentes der Woiwodschaft Oppeln

III AUS DEN VERBÄNDEN

- 9 Vertriebenengedenktag am 20. Juni auf Schloss Burg
- 20 Kulturtagung im Haus Oberschlesien
- 22 „Monolith e.V.“ stellt sich vor
- 28 Virtuelle Heimatsammlungen in Nordrhein-Westfalen und Interview mit dem Geschäftsführer, Dr. Thomas Konhäuser
- 31 Die Kulturstiftung verbindet: Dialogveranstaltung 2020 in Haus Schlesien
- 32 Mit Abstand in Kontakt: Digitale Angebote in Zeiten der Corona-Pandemie
- 38 Zu Besuch am und im Wasser von Danzig
- 44 Zu Gast bei Freunden und Partnern in Oberschlesien
- 46 Der BdV-Iserlohn zu Gast bei Landrat Gemke
- 47 Frauentagung der Sudetendeutschen Landsmannschaft NRW

IV BUCHVORSTELLUNGEN

- 23 Olga Kelm: „Die Geigenmädchen“ und „Die Waldhütte“
- 27 Marie Luise Knopp und Peter Joachim Lapp: „Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg“ & Lapp: „Zuchthausjahre. Strafgefangener in der DDR“

Bildnachweise Cover: oben links: Kranzniederlegung Düren 20.06.2020 (s. S. 26); oben links: Impression aus der Kulturtagung im Haus Oberschlesien (s. S. 20), Mitte links: Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte (s. S. 34 ff.); Mitte: wertvolle Archivarien auf Schloss Horneck (s. S. 16 ff.); Mitte rechts: Virtuelle Tagung des Landesbeirats (s. S. 8); unten links: Das Logo des Landesbeirats NRW; unten rechts: Besuch des Landesbeauftragten auf Schloss Horneck

Alle Bildrechte MKW außer Mitte links (Bildrecht MRK)

AUFRUF DER LANDESBEAUFTRAGTEN ANLÄSSLICH DES GEDENKTAGES FÜR DIE OPFER VON FLUCHT UND VERTREIBUNG

Wir erinnern an Flucht, Vertreibung und Deportation sowie an das Schicksal der deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten

Am 20. Juni 2020 begingen wir den bundesweiten „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zum sechsten Mal. Auf diesen bundesweiten Nationalen Gedenktag, der die Erinnerung an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg lebendig hält sowie zu Verantwortung und Versöhnung mahnt, mussten die Heimatvertriebenen jahrzehntelang warten. Seit dem entsprechenden Bundesratsbeschluss aus dem Jahr 2003 hatte es über zehn Jahre gedauert, diesen zu realisieren. Mit Beschluss vom 27. August 2014 hat die Bundesregierung den 20. Juni (UNO-Weltflüchtlingstag) als feststehendes Datum ausgewählt und der Gedenktag konnte erstmals am 20. Juni 2015 in Berlin feierlich begangen werden. Er soll verdeutlichen, dass Flucht und Vertreibung nicht nur für die davon Betroffenen eine traurige Bedeutung haben, sondern Teil der Geschichte aller Deutschen und Teil der europäischen Geschichte sind.

Lag der inhaltliche Schwerpunkt im ersten Aufruf der Landesbeauftragten der Länder Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Hessen zu „75 Jahre Kriegsende – Wir erinnern an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten“ vom 8. Mai 2020 auf dem Thema „Flucht und Vertreibung“, so möchten wir in diesem Aufruf in besonderer Weise den Blick auf das schwere Schicksal der nach dem Zweiten Weltkrieg in den Herkunftsgebieten verbliebenen Deutschen – der Heimatverbliebenen – richten sowie auf deren Bemühungen zur Aufrechterhaltung der deutschen Sprache und Kultur.

In diesem Sinne setzen wir ein Zeichen:

- » Wir erinnern daran, dass der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Ideologie dazu geführt haben, dass deutsche Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion oftmals als innere Feinde betrachtet wurden und jahrzehntelang schwersten Repressionen ausgesetzt waren.
- » Wir erinnern daran, dass nach Vertreibungen, Deportationen und Zwangsarbeit es in vielen Herkunftsgebieten massive Schwierigkeiten gab, die eigene Kultur zu erhalten. Staatliche Zielsetzung war es oftmals, eine Assimilierung der Minderheiten zu erreichen. Dadurch wurden die Beziehungen zu Angehörigen der jeweiligen Mehrheitsgesellschaften, zu Nachbarn und vormaligen Freunden stark beeinträchtigt. In ihren nervenaufreibenden Ausreisebemühungen wurden viele Deutsche von den kommunistischen Regierungen jahrelang hingehalten. In vielen Staaten wurde durch ein gezieltes Vorgehen gegen die Nutzung und das Erlernen der deutschen Sprache den Gemeinschaften der wichtigste Faktor ihres Zusammenhalts genommen. Die Folgen davon wirken bis heute nach und Sprachkompetenz muss mühsam wiederaufgebaut werden.
- » Wir erinnern daran, dass bis heute rund 1,2 Millionen Menschen als deutsche Minderheiten in Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Kroatien, Serbien, Slowenien, den baltischen Staaten und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion leben.
- » Wir erinnern daran, dass sich die Lage der deutschen Minderheiten nach der politischen Wende 1989/90 in

Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern unterschiedlich entwickelt hat. Gründe dafür sind bilaterale Verträge und Abkommen zu ihren Gunsten sowie die vom Europarat gezeichnete Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen, das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten, aber genauso die tragfähigen Minderheitenschutzgesetze in den betroffenen Staaten. Hinzu kommt eine inzwischen neue Aufgeschlossenheit der Heimatstaaten und auf deutscher Seite eine höhere Aufmerksamkeit zugunsten der deutschen Minderheiten.

- » Wir erinnern an die im Geiste des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) von der Bundesregierung formulierte Solidaritätsverpflichtung, die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Bewahrung ihrer Identität zu unterstützen sowie das Kulturgut der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes zu erhalten. In diesem Sinne unterstützt Deutschland beispielsweise den Aufbau gut organisierter und zukunftsfähiger Selbstverwaltungen, mit denen die jeweilige deutsche Minderheit die Gesellschaft ihres Landes aktiv in ihrem Sinne mitgestalten kann. Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt im Bereich Sprachförderung und Jugendarbeit. Die Bundesregierung strebt eine von Transparenz und Partnerschaft gekennzeichnete Zusammenarbeit mit den Regierungen der Herkunftsstaaten deutscher Minderheiten in Europa und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion an. Dieses tragen wir tatkräftig mit.

„Wer die Geschichte kennt und in die Zukunft schaut, der kann nicht anders als ein überzeugter Europäer zu sein.“

Erzbischof em. Dr. Robert Zollitsch

- » Wir erinnern daran, dass die deutschen Minderheiten sowie die Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kulturen sind. Sie bieten die Chance auf einen eigenständigen Beitrag zur Entwicklung kultureller und zivilgesellschaftlicher Brücken und Netzwerke in die Länder Mittel- und Osteuropas sowie in die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Hierin liegt ein wichtiger Teil europäischer Völkerverständigung.

- » Wir erinnern daran, dass es ganz im Sinne der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ von 1950 das gemeinsame Ziel sein muss, immer wieder für ein geeintes Europa einzutreten, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können. Damit gehörten die Heimatvertriebenen zu den ersten in der deutschen Bevölkerung, die ein klares Bekenntnis zu einem einigen Europa abgelegt haben. Auch 70 Jahre nach Unterzeichnung der Charta muss es weiterhin unser gemeinsames Ansinnen bleiben, dieses große Friedensprojekt nicht zu gefährden.

Wenn wir am bundesweiten „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ an die Nachkriegsopfer und ihr Schicksal erinnern, tun wir dies, damit jetzige und künftige Generationen wissen, wohin Krieg, Hass und Gewalt führen und dass die Erinnerung an den Krieg sowie die Kriegsfolgen den Frieden und die Eintracht fördert.

München – Wiesbaden – Hannover – Düsseldorf – Dresden, im Mai 2020



Editha Westmann

Editha Westmann, MdL
Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler



Sylvia Stierstorfer

Sylvia Stierstorfer, MdL
Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene



Jens Baumann

Dr. Jens Baumann
Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen



M. Ziegler-Raschdorf

Margarete Ziegler-Raschdorf
Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler



Heiko Hendriks

Heiko Hendriks
Beauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern



SPÄTAUSSIEDLERAUFNAHME IN CORONA-ZEITEN

Aussiedlerbeauftragtenkonferenz tagte in Hannover

Auf Einladung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Prof. Dr. Bernd Fabritius, sowie der Beauftragten des Landes Niedersachsen für Aussiedler und Vertriebene, Editha Westmann, MdL, haben sich am 20. Juli 2020 die Beauftragten der Länder für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler zu einer Beauftragtenkonferenz in Han-

des Freistaates Bayern, Sylvia Stierstorfer, MdL, und des Freistaates Sachsen, Dr. Jens Baumann.

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Im Fokus der Beratungen standen die besonderen Herausforderungen der Aufnahme deutscher Spätaussiedler in Zeiten der COVID-19-Pandemie. Der Bundesbeauftragte berichtete über die bisherige Entwicklung und betonte hierbei die Fortsetzung der Aufnahme deutscher Spätaussiedler auch während der Corona-Pandemie. Spätaussiedler genießen aufgrund ihres Kriegsfolgenschicksals eine besondere Rechtsstellung nach Art. 116 Grundgesetz, die einen Zuzug aus Risikogebieten aus wichtigem Grund rechtfertigt. Dies wurde durch Beschluss des Bundeskabinetts am 01.07.2020 bestätigt. Im ersten Halbjahr 2019 zogen 3.153 Spätaussiedler zu; vom 01.01. bis 30.06.2020 sind jedoch erst 1.304 deutsche Volkszugehörige – überwiegend aus der Russischen Föderation und aus Kasachstan – als Spätaussiedler nach Deutschland zugezogen.

Erleichterung zeigten die Beauftragten darüber, dass nach anfänglichem Infektionsgeschehen in dem für das gesamte Bundesgebiet eingerichteten Grenzdurchgangslager (GDL) Friedland (Niedersachsen) wieder Infektionsfreiheit herbeigeführt werden konnte.

Umfangreiche Maßnahmen

Für das Bundesministerium des Innern berichtete Regierungsrätin Maria Maier-Seel über das sich in Umsetzung befindende Konzept der Hygiene-sicherung. Demnach begeben sich ankommende Spätaussiedler unmittelbar nach ihrer Einreise



Die Beauftragten vor und während der Beratungen in Hannover
(Beide Bilder: BMI)

nover getroffen. Anwesend waren neben Editha Westmann auch die Beauftragten des Landes Hessen, Margarete Ziegler-Raschdorf, des Landes Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, sowie durch telefonische Zuschaltung die Beauftragten

in eine Quarantäne, die nach den Landes-Corona-Verordnungen generell für Einreisende aus Drittstaaten vorgesehen ist. Wegen seiner aus § 8 BVFG resultierenden Verpflichtung zur Unterbringung bis zur Registrierung und Verteilung auf die Länder stellt der Bund eine Transit-Unterbringung (TU) zur Verfügung, in welcher in aller Regel eine Testung der eintreffenden Spätaussiedler erfolgt. Für die Unterbringung wurden TU-Plätze in unmittelbarer Nähe des Flughafens Frankfurt, in Braunschweig, in Bad Kissingen und in Ahrweiler geschaffen; weitere Plätze sind in Duderstadt in Vorbereitung. Nach Quarantäne und Negativ-Testung erfolgt dann eine Aufnahme im GDL Friedland, wo in wenigen Tagen die Aufnahmever-

3.153

ZUGEZOGENE
SPÄTAUSSIEDLER IM ERSTEN
HALBJAHR 2019

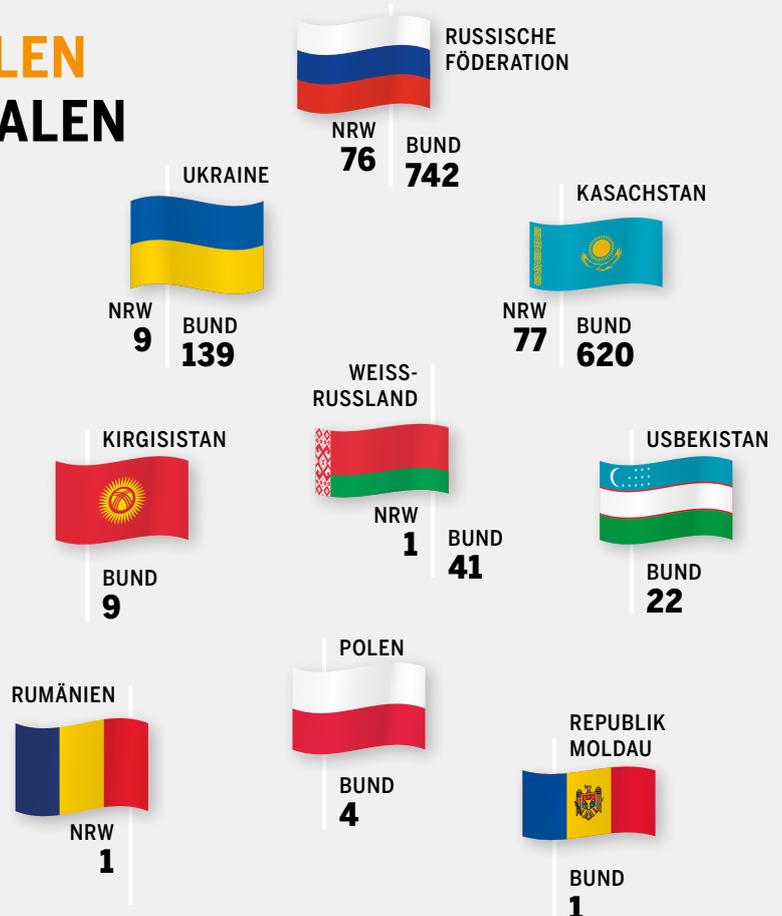
fahren abgeschlossen werden und die Weiterreise zum neuen Wohnort in Deutschland möglich ist.

Zur Vermeidung einer Überlastung vorhandener TU-Kapazitäten forderte die Beauftragtenkonferenz alle Verantwortungsträger in Bund und Ländern sowie von gesellschaftlichen Organisationen auf, bei der Bereitstellung weiterer Plätze konstruktiv mitzuwirken und baten Selbstorganisationen sowohl der Spätaussiedler in Deutschland als auch der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten um Unterstützung.

SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von April bis September 2020 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 164 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum April bis September 2020 insgesamt 1.578 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 1.578 Personen waren 375 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 905 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 298 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quellen: <http://www.kfi.nrw.de/wissenstransfer/statistik2/NRW-weite-Zahlen/2019/Monatsbericht-2019-07.pdf>

https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/Startseite_Monat_text.html

DER LANDESBEIRAT TAGT ERSTMALS VIRTUELL

BERICHT VON HEIKO HENDRIKS

Da coronabedingt die für das Frühjahr 2020 geplante erste Vollversammlung des Landesbeirats in Nordrhein-Westfalen ausfallen musste, entschloss man sich, die Vollversammlung am 23. Juni 2020 in Form einer Videokonferenz durchzuführen.

Zu Beginn der ersten Sitzung berichtete Heiko Hendriks über seine Tätigkeiten seit der letzten Vollversammlung, die natürlich auch durch die Pandemie geprägt waren. Somit konnten zahlreiche (Außen-)Termine nicht stattfinden, u.a. der geplante Besuch der Deutschen Minderheit in Russland. Er sprach den vielen Ideen der Landsmannschaften und Verbände, Veranstaltungen zumindest digital stattfinden zu lassen, ein ausdrückliches Lob aus.

Es folgte eine kurze Rückbetrachtung zum bereits im Januar 2020 stattgefundenen Tag der neuen Heimat (nachzulesen im VAS-Journal 01/2020). Die Veranstaltung mit Festvortrag und Podiumsdiskussion fand ein sehr positives Echo.

Kulturpflege der Vertriebenen

Bernd Werdin, Leiter des Referats „Kulturpflege der Vertriebenen“ im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, präsentierte eine erste Auswertung der bisher vorliegenden Förderanträge gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Zu dieser Förderung war in 2017 eine neue Richtlinie mit angepassten Förderbedingungen erlassen worden.

Die digitale Präsentation wurde dankend zur Kenntnis genommen, anschließend folgte eine angeregte Diskussion der Teilnehmer/-innen zu den einzelnen Förderbedingungen. Man einigte sich schließlich darauf, durch Rückmeldungen an das Referat diese Richtlinie weiter zu optimieren.



Landesbeiratsvorsitzender Heiko Hendriks während der virtuellen Sitzung (Fotos: MKW / Illustrationen: Vecteezy)

Renovierungsarbeiten auf Schloss Burg

Rudi Pawelka und Heiko Hendriks berichteten zum Sachstand der Renovierungsarbeiten in der Gedenkstätte auf Schloss Burg, der zentralen Gedenkstätte des deutschen Ostens in NRW. Hierfür wurde der erforderliche Förderantrag bereits beim zuständigen Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW gestellt. Außerdem haben sowohl die Stadt Wuppertal als auch der Schlossverein ihre Unterstützung signalisiert.



(v. l. n. r.: Bernd Werdin / MKW, Rudi Pawelka, BdV-Vorsitzender NRW, Ernst Lauterjung / Solingen, Foto: BdV LV NRW)

VERTRIEBENENGEDENKTAG

AM 20. JUNI AUF SCHLOSS BURG

MITTEILUNG DES BDV NRW

Dankbar hatten die Vertriebenen den Beschluss der Bundesregierung von August 2014 zur Entwicklung des Vertriebenengedenktages aufgenommen. Seitdem wird der 20. Juni in verschiedenen Orten, aber vor allem auf Landesebene in NRW, zum Anlass genommen, der Toten von Flucht und Vertreibung zu gedenken. An der zentralen Vertriebenengedenkstätte auf Schloss Burg/ Solingen trafen sich auch 2020 Vertriebene und Ehrengäste zum sechsten Mal, wegen der Pandemiekrise leider nur in kleinem Kreis. Allerdings tat dies der Bedeutung der Veranstaltung keinen Abbruch.

Die Landesregierung war vertreten durch Bernd Werdin aus dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Herr Bürgermeister Ernst Lauterjung (Stadt Solingen) drückte durch seine Teilnahme die Verbundenheit mit den Opfern von Flucht und Vertreibung aus.

Bernd Werdin und der BdV-Landesvorsitzende Rudi Pawelka fanden ehrende Worte des Gedenkens, die von den Anwesenden wohltuend aufgenommen wurden. Dankbar konnte festgestellt werden, dass die Schicksale der Vertriebenen auch nach 75 Jahren nicht vergessen sind. „Die

Opfer sterben in Wirklichkeit unwiederbringlich erst dann, wenn sie der Vergessenheit anheimfallen.“ Diese Aussage unserer Landsleute in Polen sollte uns allen Leitschnur bleiben.

Im Innern des Batterieturms, der zentralen Gedenkstätte legten der Vertreter der Landesregierung, die Vertreter des BdV, der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (Julia Lebedev, Roman Friedrich), der Stadt Wermelskirchen und der Landsmannschaften Pommern, Schlesien und Ostpreußen aus Wermelskirchen (Ernst Kaluscha) nach den kurzen Ansprachen die Kränze nieder. Während dieser Zeremonie läuteten die Glocken aus Breslau und Königsberg, die im anliegenden Glockenturm untergebracht sind. Herr Bürgermeister Ernst Lauterjung zeigte auch hier seine Anteilnahme, indem er sich aktiv an der Kranzniederlegung beteiligte.

Der BdV-Landesverband wird auch künftig den 20. Juni als Gedenktag begehen.

DIE CHARTA DER DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN

Versöhnung statt Vergeltung – Zum 70. Jahrestag der Unterzeichnung im Jahr 2020



Geschichtlicher Hintergrund

In den ersten Nachkriegsjahren wurde das Gros der Entscheidungen, welche die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen betrafen, dezentral von den Parlamenten und Behörden der jeweiligen Länder getroffen. Die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, der heraufziehende Kalte Krieg und die Errichtung eines westdeutschen Teilstaates markierten einen Einschnitt. Die Bundesebene gewann für die von Flucht und Vertreibung betroffene Bevölkerungsgruppe, nicht zuletzt durch die Einrichtung eines Bundesvertriebenenministeriums, an Bedeutung. Auch in den Vertriebenenverbänden etablierten sich zentrale Organisationsformen. Im April 1949 schlossen sich viele bisher eigene Vereine zu einem ‚Zentralverband vertriebener Deutscher‘ zusammen, welcher später in den Bund der Vertriebenen (BdV) umbenannt wurde. Die Sprecher der Vertriebenenverbände und der ostdeutschen Landsmannschaften unterzeichneten gemeinsam am 5. August 1950, gerade fünf Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in Stuttgart die „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“, die am Folgetag in einer Massenveranstaltung vor dem Neuen Schloss in Stuttgart – Bad Cannstatt verkündet wurde.

Verzicht auf Rache und Vergeltung

Der Verzicht auf Rache und Vergeltung, die Selbstverpflichtung zur Eingliederung und zum Wiederaufbau und der Einsatz gegen Vertreibungen sind neben der zentralen Forderung des ‚Rechtes auf Heimat‘ die wichtigsten Aussagen der Charta.



Oben: Während der Jubiläumsfeier 2020
(Foto: bildkraftwerk)

Unten: Das Vertriebenenendenkmal in Bad Cannstatt
(Foto: Wikimedia Commons /Andreas Praefcke)



Aus Anlass des 70. Jahrestages der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen ordnete NRW-Innenminister Herbert Reul offizielle Beflaggung an. Somit wurden an diesem Tag in Nordrhein-Westfalen die Flaggen an allen Dienstgebäuden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der übrigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterliegen, auf Vollmast gesetzt.

Man sollte nicht vergessen, dass sie nur fünf Jahre nach Kriegsende und nach Flucht und Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen verfasst wurde und daher heute rückbetrachtend im Lichte der damaligen Zeit beurteilt werden muss. Ihre fundamental zukunftsorientierten Aussagen mit dem ausdrücklichen Willen, Frieden zu stiften, stellen neben dem Grundgesetz eines der Gründungsdokumente der noch jungen Bundesrepublik dar. Insgesamt ist die Charta, wie jedes andere geschichtliche Dokument auch, im historischen Kontext zu bewerten und einzuordnen. Das darin erwähnte „Recht auf Heimat“ ist heute, nach Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Rahmen des „Zwei-plus-Vier-Vertrags“ und folglich dem Verzicht auf alle Gebietsansprüche östlich der Oder-Neiße-Linie, in einem europäischen Kontext zu sehen, in dem das Recht auf Freizügigkeit und somit Niederlassungsfreiheit ein fundamentaler Wert ist.

Weitere substantielle Forderungen nach staatsbürgerlichen Rechten und eine gerechte und sinnvolle Verteilung der Kriegslasten auf die ganze Bevölkerung wurden durch Schaffung des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 und des Bundesvertriebenengesetzes von 1953 erfüllt.

Gedenkstätte in Bad Cannstatt

Seit 1986 erinnert eine Bronzeskulptur ‚Denkmal für die Opfer der Vertreibung‘ der Künstlerin

Ingrid Sedding im Unteren Kurpark Bad Cannstatt aus dem Jahr 1986 an das Ereignis. Im Jahr 2002 wurde außerdem im Pflaster des Schlossplatzes vor dem Ehrenhof des Neuen Schlosses die ‚Gedenktafel Charta der Deutschen Heimatvertriebenen‘ eingelassen.

Jubiläumsfeier 2020

Coronabedingt konnte die geplante Jubiläumsveranstaltung des BdV am 05. August 2020 nur in kleinem Rahmen durchgeführt werden. Namhafte bundesdeutsche Politiker übersandten Videogrußbotschaften, unter anderem Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Dr. Wolfgang Schäuble als Bundestagspräsident. In seiner Ansprache zur Kranzniederlegung verdeutlichte Dr. Bernd Fabritius, Präsident des BdV, sowohl die Erinnerung an die Charta als auch Anteilnahme und Andenken für die Millionen Menschen aus den historischen deutschen Ostgebieten sowie aus allen deutsch besiedelten Regionen Ost-, Mittel- und Südosteuropas, die von Flucht und Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit betroffen waren. Neben der Niederlegung der zahlreichen Kränze am Denkmal gab es einen konstruktiven Austausch zu vielen Bereichen der Vertriebenen- und Aussiedlerpolitik.

STATEMENTS ZUR CHARTA AUS NRW



Hier in Deutschland und vor allem bei uns in Nordrhein-Westfalen haben die deutschen Heimatvertriebenen ein neues Zuhause gefunden. Der 70. Jahrestag ihrer Charta ist für uns darum ein schöner Anlass, ihnen zu danken für ihren wertvollen Beitrag, den sie beim Wiederaufbau unseres Landes und in den Jahrzehnten seither für den Wohlstand, die Stabilität und den kulturellen Reichtum ihrer neuen Heimat geleistet haben. Deshalb hat Nordrhein-Westfalen bereits in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland die Patenschaften über die Siebenbürger Sachsen und die Landsmannschaft der Oberschlesier übernommen. Darauf sind wir stolz.

Armin Laschet MdL
Ministerpräsident des Landes NRW



Ralph Giordano am 5. August 2011 in der „WELT“: „Kein Verbrechen von Deutschen rechtfertigt Verbrechen an Deutschen. (...) Keine Geschichte der Vertreibung ohne ihre Vorgeschichte, und keine Vorgeschichte der Vertreibung ohne ihre Geschichte – die Humanitas ist unteilbar.“ So ist es. Und ebenso ist die Charta der deutschen Heimatvertriebenen in der historischen Situation, in der sich die Menschen 1950 befanden, ein eindrucksvolles Dokument, bewegt von der Erkenntnis: Wir haben Schlimmes erfahren; aber wir wollen nach vorne gucken und damit umgehen. – Das ist in jedem Falle zu würdigen und gerade auch mit Blick auf die Friedensaussage und das geeinte Europa nach wie vor von besonderer Bedeutung.

Oliver Keymis MdL
Vizepräsident des Landtags NRW und Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien



70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen, das sind 70 Jahre der Versöhnung und des europäischen Miteinanders. Trotz ihrer persönlichen Schicksale, geprägt von Entwurzelung und Deportation, verzichteten die Väter der Charta auf Rachedgedanken. Unter dem Eindruck der Schrecken des zweiten Weltkrieges stellten sie vielmehr die visionäre Vorstellung eines geeinten Europa in den Vordergrund. Gleichzeitig forderten sie auch unabdingbare Rechte für sich ein. Damit haben sie die Grundlage für eine erfolgreiche Integration der Vertriebenen in die Bundesrepublik gelegt. Aussöhnung und Integration, das sind die bleibenden Verdienste der Charta.“

Elisabeth Müller-Witt MdL
Vorsitzende Stiftungsrat
Stiftung Haus Oberschlesien



Die Völker müssen erkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge, ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.“ Dieser Satz aus der Charta beeindruckt mich besonders. Er ist ein historisches Zeugnis – dies zeigt sich vor allem am Pathos der Sprache. Er weist aber vor allem in die Zukunft und ist dadurch weiterhin gültig, wie wir durch das nach wie vor bedrückende Fluchtgeschehen in aller Welt mit seinen immensen Auswirkungen auch auf Europa wissen: Ja, wir haben gerade heute die Verantwortung und damit die Pflicht, für eine Lösung dieses Weltproblems einzustehen.

Klaus Kaiser MdL

Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft



Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist ein umso bemerkenswerteres Zeitzeugnis, wenn man sich ihre zeitliche Nähe zu den schrecklichen Erfahrungen des Heimatverlustes bewusst macht. Die Beharrlichkeit der Vertriebenen, Motor einer nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu kaum vorstellbaren Aufbauleistung zu sein und oftmals entgegen vieler Hindernisse und Vorurteile am Verständigungsprozess mit den östlichen Nachbarn mitzuwirken, ist beeindruckend. Diese Tatkraft ist gerade heute in einer krisenbelasteten Welt eine wichtige Botschaft an alle Generationen, das Erreichte, ein freies, friedliches, von Werten und gegenseitiger Wertschätzung getragenes Europa, weiterzuentwickeln.

Nicola Remig

Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums im Haus Schlesien



Die Charta der Heimatvertriebenen ist ein starkes, versöhnliches Bekenntnis zu einem geeinten Europa, das viele Heimatvertriebenen bei der Mitgestaltung unserer demokratischen Gesellschaft bis heute leitet. Wie bedeutsam das Thema Heimat wieder geworden ist, hat auch mit dem zu tun, was Menschen aus eigener Erfahrung von Heimatverlust heraus als „Recht auf Heimat“ formuliert haben. Angesichts von 80 Millionen Flüchtlingen – viele davon aus ihrer Heimat vertrieben – erhält die Charta eindringliche Aktualität. Sie nimmt uns auch in Pflicht, im Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit nicht nachzulassen. Das schließt ein, dass wir nach menschenfreundlichen Wegen zu suchen, Menschen eine neue Heimat zu ermöglichen.

Pfarrer Edgar L. Born

Vorsitzender des Vorstands Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus



Aus Heiko Hendriks' Videobotschaft auf www.mkw.nrw/landesbeauftragter



„Ich möchte allen Heimatvertriebenen danken, die sich seit 70 Jahren für Frieden, Versöhnung und Ausgleich eingesetzt haben. 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen bedeutet für mich, ein Dokument zu ehren, das ein wahrhaftiges Friedensdokument ist!“

Heiko Hendriks

Landesbeauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern

IM GESPRÄCH

MIT ...

OTTO RASCH

... seit über 50 Jahren Vorsitzender des BdV Velbert-Neviges

In dieser Ausgabe des Journals schauen wir unter anderem auch zurück auf „70 Jahre Charta der Heimatvertriebenen“. Mit unserem Interviewpartner Otto Rasch möchten wir Ihnen einen Menschen vorstellen, der sich seit über fünf Jahrzehnten im Sinne der Charta engagiert und vor Ort, in Velbert-Neviges, ehrenamtliche Arbeit für Vertriebene leistet.

Sehr geehrter Herr Rasch, wie haben Sie Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg und das Ankommen hier in NRW erlebt?

Krieg und Vertreibung haben unsere Familie für lange Zeit auseinandergerissen; mein Vater war bis Ende 1949 in Kriegsgefangenschaft. Im Rheinland hat sich unsere Familie wieder gefunden. In der direkten Nachkriegszeit waren meine Mutter und ich zunächst bei Nachbarn, dann wieder im eigenen Haus in Ostpreußen und mussten für die russischen Soldaten arbeiten. Erst 1948 wurden wir von den Polen „ausgewiesen“: zuerst in die SBZ, wo man uns von einem Lager ins nächste schickte, kreuz und quer durchs Land, zunächst nach Sonneberg in Thüringen, dann nach Glauchau in Sachsen, schließlich nach Frankfurt (Oder), wo wir zwangseingewiesen wurden. Meine Mutter arbeitete als Trümmerfrau, ich selbst ging zur Schule und nachmittags habe ich in einer Gärtnerei versucht, etwas dazu zu verdienen. Durch Postverbindung zu Geschwistern meiner Mutter, haben wir versucht, besuchsweise in den Westen zu kommen. Mit einem Interzonenpass durften wir einreisen, aber eigentlich nur, um Eigentum zu holen, das wir im Krieg zu den Schwestern der Mutter geschickt hatten. Nach einem Aufenthalt im Lager Friedland kamen wir nach Neviges, wo wir zuerst getrennt bei verschiedenen Verwandten lebten. Denn auf Wohnungsansprüche mussten wir offiziell verzichten; eigentlich waren wir illegal. Nachdem

auch der Vater zu uns gekommen war, wohnten wir wieder zusammen und ich konnte 1950 die Schule abschließen und eine Lehre antreten.

Sie sind seit über 50 Jahren Ortsvorsitzender des BdV in Velbert-Neviges. Wie hat sich diese ehrenamtliche Tätigkeit seither entwickelt?

Schon als Schüler habe ich mit meinem aus Schlesien stammenden Klassenlehrer Harald Zeissler die Ortsgruppe der Deutschen Jugend des Ostens DJO gegründet und war dort und dann in den Vertriebenenverbänden immer aktiv. Mit meiner Wahl zum Ortsvorsitzenden am 1. April 1969 – exakt 20 Jahre, nachdem ich ins Rheinland gekommen war – vollzog der BdV eine

Otto Rasch bei seiner Ansprache am 15. Juni 2019 (Festakt in Velbert-Neviges aus Anlass seines 50. Jubiläums als BdV-Ortsvorsitzender in Neviges, vorn ganz links der langjährige Velberter Bürgermeister und ehemalige Bundestagsabgeordnete Heinz Schemken)



Art Generationswechsel, denn die ursprünglichen Gründer waren da schon im Rentenalter. In Neviges war es übrigens so, dass der damalige Bürgermeister Willy Anker selbst Vertriebener aus Königsberg war und mir viele Impulse gab, zum Beispiel in der Arbeit des Vertriebenenbeirats. Hier war die soziale Hilfe für neue Flüchtlinge, etwa die Spätaussiedler, ein wichtiges Arbeitsfeld, fast bis in die Gegenwart. Mit unseren vielen Veranstaltungen und Festen haben wir immer versucht, auch die allgemeine Öffentlichkeit zu erreichen. Mit dem Fall der Mauer wurden verstärkt Reisen in die alte Heimat möglich und fanden sehr viel Zuspruch im Verband, aber auch bei den Mitbürgern. Mit der Errichtung eines Ostdeutschen Gedenksteins (1982) am Schloss Hardenberg in Neviges haben wir die Verbindung mit der einheimischen Bevölkerung auch stark gefestigt.

Was bedeutet die Charta der deutschen Heimatvertriebenen für Sie und Ihre Mitglieder?

Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen war für mich und meine Arbeit immer das Grundgesetz der Vertriebenen. Sie gab mir die Leitgedanken für mein Wirken im Verband und in der Öffentlichkeit. Ein wesentlicher Punkt war und bleibt für uns die Absage an jeden Gedanken von Rache oder Vergeltung.

Was würden Sie sich mit Blick auf Ihre ehrenamtliche Arbeit für die Zukunft wünschen?

Die wichtigste Aufgabe für die Zukunft ist für mich, einen würdigen, engagierten Nachfolger oder auch eine Nachfolgerin für den Vorsitz des Ortsverbands zu finden, was sich aber als ziemlich schwierig erweist. So bewerte ich jedenfalls meine Versuche der letzten Jahre. Ein wenig habe ich Sorge, dass in der Zukunft der Verband nicht mehr in der alten Lebendigkeit arbeiten kann oder vielleicht gar nicht mehr existiert. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass der Stabwechsel an die jüngere Generation gelingt, denn Interesse an unseren Treffen und Angeboten gibt es immer noch reichlich.

ZUR PERSON

Otto Rasch wurde 1935 in einem kleinen Dorf im Herzen Masurens geboren (Kreis Sensburg). 1948 mit der Mutter aus der Heimat vertrieben, kam er nach Neviges im Rheinland und absolvierte eine Berufsausbildung als Maler und Tapezierer. Neben dem Beruf war er vielfältig ehrenamtlich tätig, so u. a. im Bereich der Innung (Prüfungsausschüsse). Früh organisierte er sich bei den Vertriebenenverbänden, zunächst in der Jugendarbeit.

1969 wurde er zum Vorsitzenden des Bunds der Vertriebenen in Neviges gewählt. Auch im Rahmen des Stadtverbands Velbert (1975 wurde Neviges nach Velbert eingemeindet) und auf anderen BdV-Ebenen ist Otto Rasch aktiv. Er hat u. a. zahlreiche Heimatreisen in die ehemaligen ostdeutschen Gebiete organisiert und sich auch bei der Integration der Spätaussiedler engagiert, um nur zwei Schwerpunkte seiner Verbandsaktivitäten zu nennen.

Längst möchte er die Nevigeser Verbandsleitung in jüngere Hände übergeben, aber noch immer heißt es: „Ach, der Otto macht das schon!“



Gruppenbild im Innenhof der Marienburg, Ostpreußen-Reise unter Leitung von Otto Rasch (er selbst ganz links, stehend) im Mai 2004



Das Elternhaus von Otto Rasch in Ostpreußen (Kreis Sensburg), Ostpreußen-Reise, Mai 2004 (alle Fotos: Frank Hoffmann)

ZU BESUCH BEI DEN SIEBENBÜRGER SACHSEN AUF SCHLOSS HORNECK

Heiko Hendriks besucht die Einrichtungen des
Verbandes in Gundelsheim

Foto: Wikimedia Commons / Bildtechnik Braendle



Auf Einladung des Landes- und Bundesvorsitzenden des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, Rainer Lehni, hat eine kleine Delegation aus NRW unter Leitung des Beauftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks, die Kultur- und Bildungseinrichtungen des Verbandes auf Schloss Horneck in Gundelsheim (Baden-Württemberg) besucht. Die Einrichtungen befinden sich in den Endzügen umfassender Modernisierungsmaßnahmen. Bereits 1957 hat das Land NRW die Patenschaft über den Verband der Siebenbürger Sachsen übernommen.



Unverkennbar: Ein Raum in der Bibliothek und der Beauftragte mittendrin! (Foto: MKW NRW)

Die stellvertretende Vorsitzende des Trägervereins „Siebenbürgisches Kulturzentrum Schloss Horneck e.V.“, Herta Daniel, hieß die Gäste im Namen des Schlossvereins herzlich willkommen und bedankte sich für die jahrzehntelange Unterstützung der Siebenbürger Sachsen durch das Land Nordrhein-Westfalen, die nicht nur über eine Patenschaft, sondern über eine echte Partnerschaft eng miteinander verbunden sind. Herta Daniel ging auf die schwierige Situation im Jahr 2015 ein und erläuterte die Meilensteine nach dem Ankauf von Schloss Horneck durch den Schlossverein, angefangen von der vom Verband der Siebenbürger Sachsen initiierten, sehr erfolgreichen Spendenaktion über den Kauf der Schlossimmobilie bis hin zu der „kleinen Eröffnung“ im Juli 2020.

Der Bundesvorsitzende Rainer Lehni ergänzte aus Sicht des Verbandes der Siebenbürger Sachsen die Ereignisse rund um Schloss Horneck. Er betonte, dass es für die Siebenbürger Sachsen

in Deutschland besonders wichtig sei, dass die hier ansässigen Einrichtungen unter einem Dach erhalten bleiben.

Anschließend fand ein Informationsgespräch mit der Bundeskulturreferentin für Siebenbürgen, Dr. Heike Fabritius, statt. Erklärtes Ziel ihrer breitenwirksam angelegten Arbeit ist es, auch Menschen zu erreichen, die keinen siebenbürgischen Hintergrund haben und die Kultur Siebenbürgens auch an Orten präsent zu machen, die nicht in Verbindung mit Aussiedlung stehen. Darüber hinaus initiiert Frau Dr. Fabritius z.B. auch Projekte in Kooperation mit Institutionen aus Siebenbürgen, zum Beispiel einen Austauschbesuch von Jugendlichen beider Länder.

Besuch des Museums

Unter der Leitung von Dr. Irmgard Sedler (Vorsitzende des Trägervereins „Siebenbürgisches Museum e.V.“) und dem Museumsleiter →

Fotos diese Seite, von oben links im UZS (alle Fotos: MKW NRW):

Im Archiv des Museums

Herta Daniel und Heiko Hendriks werfen einen intensiven Blick auf eine alte Landkarte von Hermannstadt

Bildtafel zur Geschichte der Siebenbürger Sachsen

Traditionelle Trachten für Herren

Ein „Nachbarzeichen“ zur Nachbarnweitergabe untereinander



Dr. Markus Lörz erfolgte am Nachmittag ein Rundgang durch das Siebenbürgische Museum, der nicht nur das bestehende Museum zum Inhalt hatte, sondern bei dem die Delegation auch die bald zusätzlich zur Verfügung stehenden neuen Räumlichkeiten in Augenschein nehmen konnte. Das Museum, das heute über 22.000 Exponate beherbergt, geht auf ehrenamtliche Initiativen zur Erhaltung des siebenbürgischen Kulturgutes zurück. 1991 wurde das Museum in ein professionell geführtes Landesmuseum umgewandelt. Anhand von Alltagsgegenständen aus Siebenbürgen wird den Besucherinnen und Besuchern plastisch dargelegt, wie das Leben in Siebenbürgen über die Zeit und über verschiedene Lebensphasen hinweg gestaltet war.

Dr. Irmgard Sedler ging sehr ausführlich auf die Nachbarschaften in Siebenbürgen ein. Sie erläuterte deren Funktionsweise und wie diese Form der Selbstorganisation das gesamte Leben in siebenbürgischen Dörfern bestimmte, den Bewohnern aber auch Halt und Orientierung gab.

Dr. Markus Lörz, der Leiter des Museums, führte die Gäste in die Ausstellung „Siebenbürgische Künstlerinnen und Künstler in Europa, Lebens-

wege und Landschaften“, die anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland gezeigt wird, ein. Diese Ausstellung präsentiert Landschaften und Stadtansichten aus ganz Europa und erzählt vom Neubeginn in der Fremde.

Im Torbogen vor den Deutschmeistergrabdenkmälern auf Schloss Horn-eck, von links nach rechts Rainer Lehni, Heiko Hendriks, Dr. Irmgard Sedler, Herta Daniel, Dr. Markus Lörz





Fotos diese Seite, von oben links im UZS (alle Fotos: MKW NRW):

Museum zum Anfassen:
Traditionelle Webarten zum Ertasten

Dr. Ingrid Schiel zeigt Heiko Hendriks im Archiv wahre Schätze

Wertvolle Schriften im Archiv des Museums

Beindruckende Bibliothek mit Archiv

Zum Abschluss zeigte der Vorsitzende des Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturrats e.V., Dr. Harald Roth, zusammen mit der Geschäftsführerin des Siebenbürgen-Instituts, Dr. Ingrid Schiel, den Gästen die Siebenbürgische Bibliothek mit ihren 90.000 Medieneinheiten und das Archiv mit 1.500 Regalmetern Archivalien, Nachlässen, Bild- und Tonmaterialien. Es handelt sich hierbei um eine internationale Forschungsstätte, die an die Universität Heidelberg angeschlossen ist. Besonders beeindruckt war Heiko Hendriks von den wertvollen Exponaten, wie zum Beispiel dem Originaldruck des Reformationsbüchleins von Honterus oder von Büchern und Landkarten aus dem 15. Jahrhundert.

Fazit des Beauftragten

„Für den Verband und damit auch für alle an der Geschichte und den Aktivitäten der Siebenbürger Sachsen Interessierten ist es toll, dass auf Schloss Horneck nun alle Bildungs- und Kultureinrichtungen ergänzt durch ein Hotelangebot an einem Ort zu finden sind. Dies eröffnet sicherlich auch die Möglichkeit, Besuchergruppen für diesen Teil der deutschen und europäischen Geschichte zu begeistern, die sich bisher damit noch nicht beschäftigt haben. Ich wünsche allen Einrichtungen viele Besucherinnen und Besucher!“



ZUR PERSON

Dr. Heinke Fabritius ist seit November 2017 als Kulturreferentin für Siebenbürgen tätig.

In Siebenbürgen geboren, ebenda sowie in Bukarest aufgewachsen, ist sie mit Sprachen, Kulturen und Geschichte des heutigen Rumäniens bestens vertraut. Das Studium der Kunstwissenschaft an der TU Berlin hat sie mit einer Promotion zur Zeichnung der Goethezeit abgeschlossen. Ihren Blick für den Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kultur hat sie geschärft an der bildenden Kunst. Das Lernen in den Museen war dabei ebenso prägend wie ihre langjährige wissenschaftliche Tätigkeit in Forschung und Lehre (GWZO Leipzig und NYU Berlin). Geschichte und Kultur der Regionen Ostmitteleuropas bilden seit je einen wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit.

Foto: Anna Nesterenko



Kulturreferentin für Siebenbürgen

Dr. Heinke Fabritius
Siebenbürgisches Museum

Schloßstraße 28
74831 Gundelsheim am Neckar

kulturreferat@
siebenbuergisches-museum.de
+49 (0) 6269 – 42 23 12

KULTURTAGUNG IM HAUS OBERSCHLESISIEN

VON CHRISTOPH MARTIN LABAJ

Am 23.10.2020 fand im Haus Oberschlesien in Ratingen eine Tagung des Kulturreferats der Stiftung Haus Oberschlesien (SHOS) statt, zu der der Bundesvorstand und die Bundesvertretertagung der Landsmannschaft der Oberschlesier e.V. (LdO) sowie der Beauftragte für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern des Landes Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, eingeladen waren.

Der thematische Schwerpunkt der Veranstaltung bestand in der Vorstellung der kulturellen Arbeit Dr. Skrabanias für die SHOS. Nach einer Begrüßung durch den Organisator und der Vorführung des Kurzfilms „Blickwechsel. Deutsche im östlichen Europa – eine Entdeckung“, stellte Heiko Hendriks seinen Aufgabenbereich vor.

Moderne Kulturarbeit und Gewinnung neuer Zielgruppen

Zunächst begründete er die Notwendigkeit seiner Position in einem Land wie NRW, wo aktuell

sen Themen berate und die entsprechenden Gruppen betreue. Gleichzeitig richtete Hendriks seinen Dank an alle, die sich institutionell aktiv für das Thema „Oberschlesien“ engagierten und sich bemühten, es europäisch und historisch an jedermann zu bringen.

Wichtig sei, aus der Sicht von Heiko Hendriks auch das Interesse der Bevölkerung an den Themen Vertreibung und Aussiedlung zu wecken. Hierbei sei insbesondere die Frage, woher stammen die Bürger in NRW und wer macht NRW eigentlich aus, von entscheidender Bedeutung.



Impressionen
von der Tagung
(Foto: MKW)

ca. 800.000 (Spät-)Aussiedler beheimatet seien. Mit einem Blick auf die Vergangenheit sei zu betonen, dass nach dem 2. Weltkrieg ca. 2,5 Millionen deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten nach Nordrhein-Westfalen gekommen seien. Hinzu käme noch die Zahl von ca. 800.000 Übersiedlern aus der damaligen DDR. Somit brauche NRW einen Beauftragten, der die Landesregierung bei die-

In der heutigen Zeit, insbesondere aufgrund der Pandemie, spielten digitale Medien eine größere Rolle denn je zuvor. Durch einen kreativen und innovativen Einsatz dieser müssten das Oberschlesische Landesmuseum sowie dortige Projekte zu einem Erlebnisort gemacht werden. Ein Erlebnisort wecke bei sogenannten „Outsidern“ Neugier, welche dann weitergetragen werde. Auch die Einbindung von Schulklassen

in die kulturelle Arbeit sei von enormer Wichtigkeit. Die Themen „Flucht und Vertreibung“ sowie „Aussiedlung“ seien bereits ein Teil des Schulcurriculums in einem Umfang von acht bis vierzehn Stunden im Geschichtsunterricht in NRW. Dazu gebe es eine entsprechend erstellte Handreichung für Lehrkräfte.

Kulturreferat der SHOS nach § 96 BVFG

Den nächsten Block übernahm Dr. Skrabania mit der Vorstellung der Tätigkeit des Kulturreferats der SHOS nach § 96 BVFG. Sein Ziel sei es, in der Rolle des Projektmanagers und –förderers, die regionale Kulturgeschichte Oberschlesiens in Zusammenarbeit mit thematischen Netzwerken zu verbreiten. Die kulturelle Arbeit und die damit verbundene Projektförderung übernehme Dr. Skrabania als ein sogenannter „verlängerter Arm“ der/des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Seit 2017 habe die SHOS 103 Projekte geplant bzw. durchgeführt. Einige der aufgezeigten Beispiele waren das Brettspiel „Schlesische Eisenbahnreise“ und das Podium Silesia-News.

Der Vorsitzende des Bundesvorstandes der SHOS, Sebastian Wladarz, richtete anschließend seinen Dank an das Kulturreferat aus und spornte zur Zusammenarbeit aller Instanzen an, was, wie er betonte, bereits geschehen würde.

Kulturreferent der LdO stellt sich vor

Die kulturelle Tätigkeit blieb zunächst an der Tagesordnung. An dieser Stelle übernahm der Kulturreferent der LdO, Christoph Martin Labaj, um über seine im Juli angetretene Tätigkeit zu berichten. Zunächst betonte Herr Labaj, dass das MKW ihn im Rahmen seiner vorerst einjährigen Projektstelle vordergründig mit der Aufgabe beauftragt habe, ein Konzept zur Neuausrichtung der LdO in Zusammenarbeit mit der SHOS zu erstellen. Diese Konzeption sei aus mehreren Gründen vital. Wie die Konzeption zur Neuausrichtung der Förderung nach § 96 BVFG aussagt, schwinde aus natürlichen Gründen die damalige Erlebnisgeneration der Flucht und Vertreibung. Ihre Erlebnisse würden nicht



selten nur bedingt oder gar nicht an die jüngere Generation herangetragen. Aus diesem Grund müsse die LdO einen Paradigmenwechsel von einer Gemeinschaft zu einer gemeinschaftlichen Bildungsinstitution vollbringen, um zeitgemäße europäische Kulturarbeit zu leisten. Weiterhin stellte der Kulturreferent den Ablauf bei der Antragstellung auf Fördermittel für Projekte inkl. der zuständigen Dienststellen und Antragsfristen dar. Betont hat er dabei, dass die Landes- und Kreisgruppen sich künftig bezüglich der Antragstellung an ihn wenden möchten.

V. l. n. r.: Kulturreferent der Landsmannschaft Christoph Labaj, Bundeskulturreferent Dr. David Skrabania, Landesbeauftragter Heiko Hendriks und Stiftungsvorsitzender Sebastian Wladarz (Foto: MKW)

Volksabstimmung und Aufstände 1921/22

Den Vorträgen folgte ein spezifisches Thema. Dr. Skrabania hielt einen äußerst spannenden, mit historischem Bildmaterial gespickten Vortrag zur Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 und der daraus folgenden Teilung 1922. Dr. Skrabania zeigte zahlreiche Beispiele für sowohl deutsche, als auch polnische Propaganda, welche mit Stereotypen, Metaphern und Bildhaftigkeit die Menschengruppen auf ihre Seite ziehen wollte.

Die Veranstaltung erwies sich nicht nur als informativ und anregend, sondern hatte auch den Vorteil, die kulturelle Tätigkeit beider Institutionen als auch die Perspektive des Landes NRW vorzustellen. Beim gemeinsamen Mittag- und Abendessen gingen die Gespräche und Diskussionen weiter.

MONOLITH E.V. STELLT SICH VOR

Ein Verein zur Integration von Spätaussiedler/-innen im Kreis Paderborn

Die Gründung des Vereins „Monolith e.V.“ war 2001 das Ergebnis eines Gemeinschaftsprojekts der Paderborner Wohlfahrtsverbände in Zusammenarbeit mit dem damaligen Arbeitsamt und dem Kreis Paderborn.

Innerhalb kurzer Zeit fanden sich kompetente und engagierte Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, die ehrenamtlich Aktionen für ihre Landsleute ins Leben riefen und für sie Freizeit- und Bildungsangebote entwickelten. Kontakte untereinander wurden gestärkt und durch gemeinsam organisierte Veranstaltungen die Paderborner Öffentlichkeit informiert.

Monolith e.V. orientiert sich am Integrationskonzept des Kreises Paderborn, mit dem er sehr eng zusammenarbeitet und der ihn finanziell fördert. Zielsetzungen sind Menschen mit Migrations- und Zuwanderungshintergrund (Aussiedler, Migranten und Flüchtlinge) in die Lebens- und Arbeitswelten ihrer neuen Heimat einzuführen, ihnen politisch- und gesellschaftsrelevante Informationen zukommen zu lassen

und sie durch niederschwellige Maßnahmen und Angebote zu befähigen, ein selbst verantwortetes Leben nach den Regeln der neuen Heimat führen zu können. Dies soll durch Einzelgespräche, Gruppenarbeit, niederschwellige Beratung, Seminare, Vorträge, Exkursionen, Projekte, Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit gelingen.

Alle Ehrenamtlichen bieten je nach Begabung und Interesse für alle Altersstufen die Möglichkeit, sich in Gruppen zu treffen und gemeinsam einer Beschäftigung nachzugehen. In der Regel finden die Gruppenangebote einmal in der Woche statt. Zum Beispiel kommen jede Woche über 350 Kinder in der Samstagsschule zusammen, um schwerpunktmäßig Russisch als Zweitsprache zu lernen.

Regelmäßig werden auch größere Veranstaltungen wie Konzerte, Ausstellungen, Theater-Aufführungen, Vorträge, Exkursionen usw. durchgeführt.



Von oben links im UZS:

Vorsitzende Irene Neh bei der Kanzlerin

Jungpolitiker bei der Monolith-Jugend

Seniorengruppe, Irina Gez, Paderborn, WDR-Hausführung, 22.06.19

(Alle Fotos: Monolith e.V.)



Monolith e. V.

Ledeburstr. 30
33102 Paderborn

Tel.: 05251-8785717

www.netzwerk-monolith.de

Lassen Sie sich für unseren Newsletter eintragen!

Koordination: Dr. Helene Frank
h.frank@netzwerk-monolith.de
Pädagogische Mitarbeit:
Elena Kern, M.A.
e.kern@netzwerk-monolith.de

ZWEI NEUE BÜCHER VON OLGA KELM

Buchvorstellungen von Agnes Gossen

Die Romane von Olga Kelm mit nur etwas mehr als hundert Seiten, erinnern vom Stil her an die Romane einer erfolgreichen Schriftstellerin, einer jungen Russlanddeutschen, Ella Zeis (-ler), die Olga sehr beeindruckt und inspiriert hatten. Diese hatte fantastische Geschichten und Romane im englischen Stil veröffentlicht. Es bleibt nun der Autorin zu wünschen, dass ihre Bücher dankbare Leser finden.

ZUR AUTORIN: *Olga Kelm, geboren in Nordkasachstan, kam mit 13 Jahren mit den Eltern erst nach Sibirien, ins Dorf Novoselje im Gebiet Omsk, mit 17 folgte die Ausreise nach Deutschland. Mit 19 Jahren hat sie bereits eine kleine Sammlung von Gedichten veröffentlicht.*

„DIE GEIGENMÄDCHEN“

In diesem Buch von Olga Kelm sind viele historische Fakten aus dem Leben der Russlanddeutschen in der Ukraine, die später nach Kasachstan deportiert wurden, literarisch verarbeitet. Olga Kelm hat dafür Zeugnisse von Menschen aufgezeichnet, welche die schwierige Zeit der Hungersnot und der Deportation überlebt und den Glauben an sich nicht verloren hatten. Sie betont aber, dass die Charaktere im Buch erfunden sind, nur die Geschichte mit der Geige sei real: „Vor dem Krieg beschäftigten sich viele mit Musik und spielten im Orchester in der Ukraine. Ich erinnere mich, dass ich in meiner Jugend die Bilder meiner Urgroßmutter betrachtete, wo sie in einem Orchester Geige spielte.“

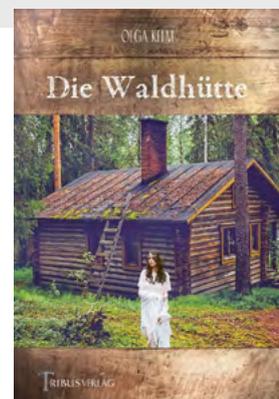
ISBN: 978-3-7502859-0-3 / Preis: 7,99 EUR / 135 Seiten



„DIE WALDHÜTTE“

Die Ereignisse in diesem Buch finden in der Mitte des letzten Jahrhunderts statt. Die Zwillingmädchen Lea und Lin werden nach der Geburt getrennt. Lea wird adoptiert und bleibt in der Stadt, Lin wächst in einer Waldhütte ihrer Mutter auf. Das Buch beschreibt anschaulich Waldfarben und Heilpflanzen und beim Lesen meint man, sogar die Gerüche von Pilzen, Pflanzen und Moos zu spüren. Die von der Autorin beschriebenen Ereignisse in dieser sehr spannenden Geschichte sind sehr dynamisch aufgebaut.

ISBN: 978-3-7529829-7-8 / Preis: 8,99 EUR / 80 Seiten





ZWEITER RUNDER TISCH MIT SED-OPFERVERBÄNDEN AUS NRW

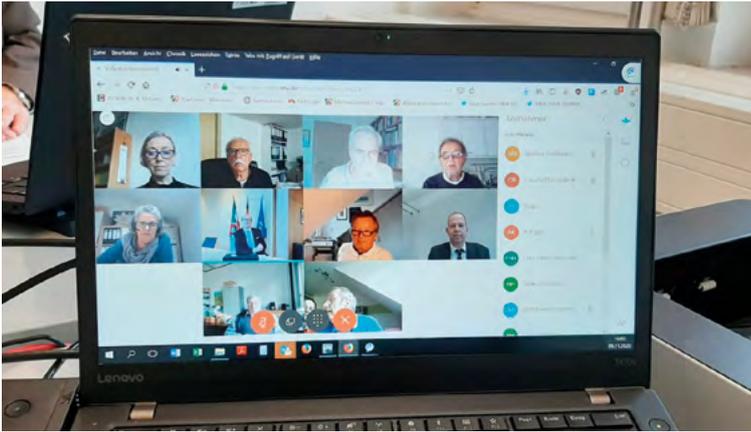
Auf Einladung des Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper MdL, sowie des NRW-Beauftragten Heiko Hendriks, fand der diesjährige „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der SED-Opferverbände aus NRW in virtueller Form statt. Für die bereits zweite Veranstaltung dieser Art wurde ein historisches Datum gewählt: der 9. November 2020. Besonderer Gast und Gesprächspartner war der für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständige Staatssekretär Dr. Mark Speich.

Landtagspräsident André Kuper dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihren Mut, als Zeitzeugen von ihren persönlichen Leidenswegen in der SED-Diktatur zu berichten. „Ihr Engagement ist wichtig, damit unsere Gesellschaft heute und in Zukunft wachsam gegenüber jeglichen Versuchen bleibt, der Demokratie durch politischen Extremismus und Menschenhass zu schaden“, so Kuper.

Im ersten Teil der Veranstaltung beschäftigten sich die Teilnehmenden mit dem großen und komplexen Themenfeld „Renten der DDR-Übersiedler“. Nach einer kurzen Einführung von Heiko Hendriks erläuterte Felix-Heinz Holtschke, Vorsitzender der VOS NRW e.V., die Lage aus Sicht der SED-Opferverbände, die sich seit den 1990er Jahren für die Rücknahme von Rentenkürzungen bei DDR-Übersiedlern einsetzen. Staatssekretär Dr. Speich äußerte großes Verständnis für das Anliegen der SED-Opferverbände und kündigte an, die Problematik des Rentenanspruchs von Übersiedlern gegenüber seinen Länderkolleginnen und -kollegen anzusprechen.

Im Anschluss stellte Marie-Luise Knopp, selbst als politische Gefangene der DDR von der Bundesrepublik freigekauft, ihr Buch „Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg“ vor. Bei der Lesung erhielten die Teilnehmenden einen Eindruck von der Haft im Frauengefängnis Hoheneck, von den unmenschlichen Haftbedingungen und auch von den Folgen, unter denen die Betroffenen teilweise bis heute leiden. „Die meisten der heute teilnehmenden Gäste können – leider – die von Marie-Luise Knopp beschriebenen Erfahrungen teilen. Mich hat ihre Geschichte sehr berührt und ich hoffe, dass Frau Knopp, genauso wie die vielen anderen Zeitzeugen, auch weiterhin von ihren Erfahrungen berichten wird und so der Nachwelt immer wieder vor Augen geführt wird, dass die DDR ein Unrechtsstaat war“, resümiert Heiko Hendriks nachdenklich.

Ein Austausch über die Möglichkeiten der Aufwertung des Mauersegments in der Nähe des Düsseldorfer Landtages und über weitere gemeinsame Aktivitäten schloss die Gespräche im Rahmen des zweiten „Runden Tisches“ ab.



Virtuelle Teilnehmerrunde
(Foto: MKW)

Dr. Mark Speich, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, (Foto: Land NRW/R. Sondermann)



Landtagspräsident
André Kuper
(Foto: Wahlkreisbüro/
Guido Kirchner)



Heiko Hendriks bei der Begrüßung der Teilnehmenden des Runden Tisches
(Foto: MKW)



Marie-Luise Knopp, Autorin des Buches „Eingespernte Gefühle bahnen sich ihren Weg“
(Foto: Marie-Luise Knopp)

RÜCKBLICK

Bereits im April 2019 fand der erste „Runde Tisch“ auf Einladung des Landesbeauftragten gemeinsam mit SED-Opferverbänden statt. Im Fokus dieser Veranstaltung stand insbesondere die Zeitzeugenarbeit der VOS e.V. an Schulen und ihre wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum. Seither finden regelmäßig gemeinsame Termine statt, z.B. in Gedenken an die Opfer des 17. Juni oder zum 30. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2019.

THEMA RENTE VON DDR-ÜBERSIEDLERN

Bereits seit den 1990er Jahren beklagen viele DDR-Übersiedler, die in der DDR zum Teil in politischer Haft waren und vor der Wiedervereinigung in die Bundesrepublik geflüchtet oder freigekauft worden waren, dass ihre zunächst an das bundesdeutsche Rentensystem angeglichenen Rentenansprüche (sog. „Fremdrente“) nach der Wiedervereinigung in den Geltungsbereich des sog. „Rentenüberleitungsgesetzes“ übernommen worden sind. De facto bedeutet dies zumeist erhebliche Rentenkürzungen.



DER 17. JUNI 1953 UND DER 3. OKTOBER 1990

BEDEUTENDE TAGE DER DEUTSCHEN NACHKRIEGSGESCHICHTE

Gemeinsam mit Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) – Landesgruppe NRW e.V. hat der Beauftragte Heiko Hendriks, der auch die Interessen der Flüchtlinge, der freigekauften Häftlinge sowie der Übersiedler aus der ehemaligen DDR vertritt, am 17. Juni 2020 an den Volksaufstand von 1953 sowie am 3. Oktober 2020 an die Wiedervereinigung 1990 erinnert.

Aufgrund der diesjährigen besonderen Situation durch die Corona-Pandemie konnten sowohl die jährliche Gedenkveranstaltung am Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953 in Düren als auch die Kranzniederlegung am Jahrestag der Wiedervereinigung am Mauersegment in Düsseldorf nur mit einer geringen Teilnehmerzahl stattfinden.

„Auch wenn die Gedenkveranstaltung in diesem Jahr aufgrund von Corona nur in einem deutlich kleineren Rahmen stattfinden kann, so ist es doch wichtig, dass wir heute mit der Kranzniederlegung ein Zeichen setzen und die Opfer des 17. Juni 1953 nicht in Vergessenheit geraten“, so Heiko Hendriks vor Ort in Düren am 17. Juni 2020.

Dies gilt seiner Ansicht nach auch für die Kranzniederlegung am 3. Oktober am Mauersegment in der Landeshauptstadt. „2 Daten, eine Geschichte! Natürlich ist der 3. Oktober 1990 ein wirklich positives Ereignis. Nichtsdestotrotz sollte man an einem solchen Tag auch an diejenigen denken, welche die Einheit nicht mehr erlebt haben, weil sie z.B. dem Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze zum Opfer fielen“, so Heiko Hendriks bei seiner kurzen Ansprache am 3. Oktober. Alle Beteiligten hoffen, dass diese beiden wichtigen Tage in der deutschen und auch europäischen Geschichte im nächsten Jahr wieder in einem größeren Rahmen begangen werden können.

Abbildung links:

Heiko Hendriks bei seiner Ansprache am 3. Oktober 2020 vor dem Mauersegment in der Nähe des Düsseldorfer Landtages
(Foto: Brecht/MKW NRW)

Abbildung rechts:

Heiko Hendriks (2 v.li.) legt zusammen mit Felix-Heinz Holtschke, Peter Hippe und Detlef von Dechend (VOS-NRW) sowie dem stellvertretenden Bürgermeister von Düren, Thomas Flossdorf, Kränze am Gedenkstein für die Opfer des 17. Juni 1953 in Düren nieder.
(Foto: MKW NRW)

**PETER JOACHIM LAPP:
„ZUCHTHAUSJAHRE.
STRAFGEFANGENER IN DER DDR“**

**BUCHVORSTELLUNG
VON ALEXANDER RICHTER-KARIGER**

Buchveröffentlichungen, die von in NRW lebenden ehemaligen DDR-Haftopfern kommen, sind authentisch und haben den Charakter echter Zeitdokumente. Auch Dr. Peter Joachim Lapp, der im Sauerland lebt, hat sich nun entschlossen, seine Haftgeschichte in Buchform zu kleiden und – mit Unterstützung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus – im Emsdettener firstminute Taschenbuchverlag zu veröffentlichen. Entstanden ist ein Zeitdokument von hohem Anspruch, denn der Autor hat sehr genau wiedergegeben, wie und warum er am 1. April 1960, verhaftet worden ist und wie sein Gerichtsverfahren und die Haftzeit verliefen.

Peter Lapp, seinerzeit gerade 18 Jahre, will im thüringischen Rudolstadt im Kino einen Film ansehen, als er vor dem Eingang festgenommen wird. Das Delikt, das man Peter Lapp vorhält, ist auf den ersten Blick gewaltig. Der 18-Jährige ist der Anführer einer Untergrund-Bande, die sich „Widerstandsgruppe Deutschland“ nennt. All das liest sich wie ein Abenteuer bei Tom Sawyer, und doch bringt es Peter Lapp 4 ½ Jahre Haft ein, die er fast vollständig verbüßt. Es ist ein Stück Sozialismus, wie wir es niemals wieder erleben möchten.



Zuchthausjahre
firstminute Taschenbuch-
verlag, Emsdetten 2019
ISBN 978-3-932805-81-3;
Preis: 18,00 EUR;

Zu beziehen im Buchhandel oder in der Bundes-
geschäftsstelle der Vereinigung d. Opfer des
Stalinismus, Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

**MARIE LUISE KNOPP:
„EINGESPERRTE GEFÜHLE
BAHNEN SICH IHREN WEG“**

**BUCHVORSTELLUNG
VON CALVIN HUHN**

Vor 46 Jahren konnte Marie-Luise Knopp das schrecklichste Kapitel ihres Lebens hinter sich lassen. Die Erinnerung daran hat sie niemals aufgearbeitet, sondern tief unten in ihrer Seele eingesperrt. Dort ruhte sie, bis ihr 17-jähriger geschichtsbegeisterter Enkel sie aufforderte, ihre Erlebnisse aufzuschreiben, um die Menschen an diesem Schicksal deutsch-deutscher Geschichte teilhaben zu lassen. Knopp folgte dem eindringlichen Appell ihres Enkels und hat mit dem Buch „Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg“ ihre eigene Lebensgeschichte verewigt.

Marie berichtet über das Leben in der DDR, ihre ständigen Repressalien, Bespitzelungen durch enge Freundinnen und über die gewaltsame Trennung von ihrem Sohn. Unter den Schikanen während der Gefängniszeit leidet sie bis heute. Marie suchte und fand ihren Weg und schuf sich eine neue Heimat in Düsseldorf. Sie wurde eine erfolgreiche Lehrerin, absolvierte ein berufsbegleitendes Psychologie-Studium und ermöglichte auch ihrem Sohn, seine Ziele in der freien Welt zu verwirklichen.

Diese zutiefst bewegende Geschichte zieht den Leser wegen ihrer Authentizität und ihrer spannenden eindrücklichen Beschreibungen in den Bann.



**Eingesperrte Gefühle
bahnen sich ihren Weg**

Geest-Verlag (4. Dezember 2018)
ISBN 978-3866856929;
Preis: 12,50 EUR
Taschenbuch 220 Seiten



**KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN
BRINGT HEIMATSTUBEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.**



*Siebenbürgische Holzflasche aus
der Heimatstube in Herten*



*Siebenbürgische Borten aus
der Heimatstube in Herten*

Großes Foto: Heiko Hendriks bei seinem Besuch in der Kulturstiftung in Bonn gemeinsam mit Herrn Dr. Konhäuser

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen widmete sich in diesem Jahr einem besonderen Projekt mit bundesweiter Strahlkraft: der digitalen Erfassung und der virtuellen Präsentation von Exponaten ausgewählter Heimatsstuben.

Die Millionen Heimatvertriebenen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordrhein-Westfalen ihre neue Heimat gefunden haben, haben aus ihren „alten Heimaten“ viele Erinnerungsstücke und persönliche Gegenstände mitgebracht und diese in den Nachkriegsjahren Stück für Stück an zentralen Orten zusammengetragen. Auf diese Weise sind besondere kulturhistorische Sammlungen entstanden, die einen einzigartigen Einblick in das Leben der Heimatregionen bieten. Darüber hinaus bildeten sich Heimatsstuben zu besonderen Treffpunkten für Vertriebene und Aussiedler heraus, in denen man sich austauschen, gemeinsam in Erinnerungen schwelgen und die Kultur der Heimatregionen pflegen konnte – und sie so bis in die Gegenwart erhalten konnte.

So geht die Stiftung vor

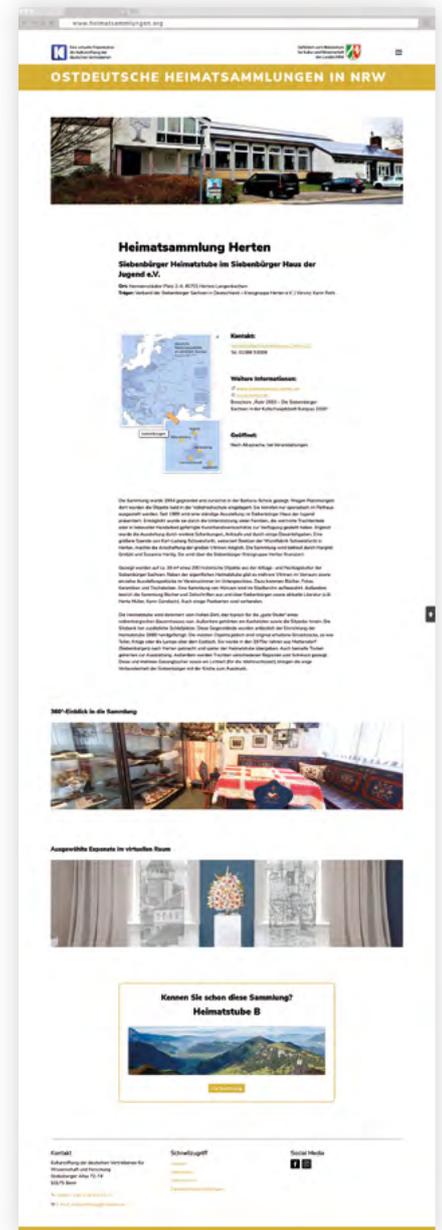
Ausgewählte, exemplarische Exponate werden nun im Rahmen des Projekts der Kulturstiftung, das vom Land Nordrhein-Westfalen über § 96 BVFG gefördert wird, professionell fotografiert und anschließend mit einer Beschreibung und zusätzlichen Informationen auf einer Webseite in Form einer „virtuellen Heimatsammlung“ verfügbar gemacht.

Die Besucherinnen und Besucher der Internetseite entscheiden selbst, wie und wohin sie sich in der Sammlung bewegen möchten: Man kann entweder die echten, in 360°-Panorama-Fotografie abgelichteten Räume besichtigen, oder auch virtuell konstruierte Räume besuchen. Zudem besteht die Möglichkeit, einzelne Objekte auszuwählen, sich diese digital genauer anzuschauen, Exponate miteinander zu vergleichen und parallel erläuternde Hintergrundinformationen zu den Objekten abzurufen.

Ab Dezember 2020 verfügbar

Zunächst beschränkt sich das Projekt der Kulturstiftung auf 12 verschiedene Sammlungen aus ganz NRW, darunter zum Beispiel die Bunzlauer Heimatsstube in Siegburg oder die siebenbürgisch-sächsische Heimatsstube in Herten. Ende 2020 werden diese ersten ausgewählten Sammlungen dann im Internet verfügbar sein. Angesichts der vielen weiteren Heimatsammlungen in NRW besteht großer Bedarf, dass das Projekt – sofern die entsprechenden Mittel verfügbar sind – fortgesetzt wird. Auch haben schon andere Bundesländer großes Interesse an dem Projekt signalisiert.

„Ich finde es höchst spannend, wie mit diesem Projekt das Kulturerbe der Deutschen aus dem östlichen Europa unabhängig von Ort und Zeit erlebbar gemacht wird – und dies auf eine interessante und moderne Art“, zeigt sich Heiko Hendriks beeindruckt von den bisherigen Ergebnissen. „Ich wünsche mir sehr, dass dieses Angebot auch diejenigen erreicht, die bisher noch keine Heimatsammlung oder Heimatsstube besucht haben und auf diesem Weg einen Zugang zu der reichhaltigen Kultur der deutschen Heimatvertriebenen finden.“



**Ab Mitte Dezember sind
die ersten virtuellen
Heimatsammlungen unter
www.heimatsammlungen.org**

**einsehbar. Schauen Sie
vorbei und gehen Sie auf
Entdeckungstour!**

INTERVIEW MIT DR. THOMAS KONHÄUSER, GESCHÄFTSFÜHRER DER KULTURSTIFTUNG DER DEUTSCHEN VERTRIEBENEN IN BONN

Herr Konhäuser, können Sie zunächst kurz die Aufgaben der Kulturstiftung erläutern?

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen fördert als überregionale Kultureinrichtung seit 1974 das Bewusstsein für die Traditionen und das Kulturgut der Deutschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Wir fördern dabei gleichermaßen die Wissenschaft und die kulturelle Breitenarbeit. Seit der Neuaufstellung der Kulturstiftung Mitte 2020 bieten wir zudem Beratungsstellen für finanzielle Förderungen, Heimatsammlungen und Öffentlichkeitsarbeit für die Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit nach §96 Bundesvertriebenengesetz an.

Wie ist die Idee für das Projekt zur Digitalisierung der Heimatstuben entstanden?

Sie entstand im Rahmen von Workshops, welche die Kulturstiftung im Jahre 2016 mit Betreibern von Heimatsammlungen/Heimatstuben abgehalten hat. Es galt, angesichts fortgeschrittenen Alters vieler der engagierten Betreiber und merklich nachlassender kommunaler Unterstützung den Sammlungen eine Perspektive zu eröffnen, ihnen mit Mitteln zeitgemäßer Präsentation der Bestände neue Interessentenkreise zu erschließen und sie damit für die Zukunft zu sichern.

Nach welchen Kriterien wurden die ersten 12 Sammlungen ausgewählt?

Es galt, die Vielfalt der in den Sammlungen repräsentierten Heimatregionen, also der Landschaften der historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebiete, wie etwa Ostpreußen, Schlesien, Siebenbürgen etc., abzubilden und ebenso einige allgemeine ostdeutsche Sammlungen einzubeziehen. Kriterium war zudem die möglichst gleichmäßige geographische Verteilung der aufzunehmenden Sammlungen im Land Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus war und bleibt in einigen Fällen auch die Dringlichkeit bzw. Aktualität der Entwicklung vor Ort ausschlaggebend.

Wird die Webseite mit bereits bestehenden Kultur- und Informationsangeboten verknüpft?

Die Webseite wird weiterführende Links zu den Heimatstuben, zu den offiziellen Webseiten ihrer Standort-Gemeinde und zu weiterem Informationsmaterial, beispielsweise digitalen Broschüren, enthalten. Dazu gehören natürlich auch Kontaktmöglichkeiten der Heimatsammlungen und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Darüber hinaus wird es auf der Seite selbst Kartenmaterial geben, das die von spezialisierten Heimatstuben betreuten Herkunftsgebiete zeigt. Ein eigenes Glossar klärt über Besonderheiten wie regionale Bräuche, Trachten und Heimatregionen auf.

ZUR PERSON

Thomas Konhäuser ist geboren in Bamberg mit sudetendeutschen Wurzeln, seit 2020 Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit Sitz in Bonn und Berlin, studierte in Deutschland Soziologie und in Italien Politische Wissenschaften.

(Alle Fotos: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen)



Die Kulturstiftung verbindet:

Dialogveranstaltung 2020 in Haus Schlesien

Im Jahr 2019 richtete die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen bereits erstmalig eine Informations- und Begegnungstagung mit dem erklärten Ziel aus, Institutionen, Akteure und Verbände von Bund und Ländern für einen gemeinsamen Austausch zusammenzuführen. Unter dem Titel „Landsmannschaften und Kultureinrichtungen der Vertriebenen im Dialog mit Bund, Ländern und Wissenschaft“ wurde damals über die Arbeit informiert, Synergieeffekte wurden ausgelotet und Kooperationsprojekte angestoßen. Als Fortsetzung dieser nunmehr alljährlich ausgerichteten Begegnung lud die Kulturstiftung am 10. und 11. September 2020 erneut zu einer Dialogveranstaltung in das Haus Schlesien in Königswinter ein.



Themenblock zur Kulturarbeit nach § 96 BVFG, u.a. mit Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten (MKW NRW), im Bild links (Foto: kulturstiftung.org)



Heiko Hendriks zusammen mit Thomas Konhäuser, der hessischen Beauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf und Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung

In sechs prominent besetzten Diskussionsblöcken wurden Themen von der Rettung von Heimatsammlungen, Förderung nach § 96 des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (BVFG), neue Wege in der Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Vernetzung mit wissenschaftlichen Einrichtungen besprochen. Nach einleitenden Worten von Reinfried Vogler, dem Vorstandsvorsitzenden der Kulturstiftung, und Thomas Konhäuser, dem Geschäftsführer der Kulturstiftung, begann die zweitägige Tagung.

Nicht nur im ersten Themenblock unter dem Titel „Sichtbar bleiben: Bewahrung der Heimatsammlungen und Archive“ wurde ein sehr wichtiges Problemfeld erörtert. Wie dies u.a. funktionieren könnte, zeigte auch die Vorstellung des Leuchtturmprojektes „Virtuelle Heimatsammlungen“ (näheres siehe der gesonderte Artikel in diesem VAS-Journal) der Kulturstiftung. Das Projekt

erntete viel Lob und so ist zu hoffen, dass es im nächsten Jahr auch über die Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus ausgeweitet werden kann.

Weitere Diskussionspunkte waren die Nachwuchsgewinnung, die wohl alle Vereine und Einrichtungen gleichermaßen betrifft, sowie die Außendarstellung der Kulturarbeit. In Bezug auf die Nachwuchsgewinnung waren sich alle Beteiligten einig, dass man mehr auf die Interessen der Jugend eingehen und ihr einen Mehrwert für die Mitarbeit bieten müsse, wenn man sie für das kulturelle Engagement begeistern wolle.

Auch hier gibt es bereits erfolgreiche Projekte, die nachahmenswert sind und die die Notwendigkeit der besseren Vernetzung untereinander und über Landesgrenzen hinweg aufzeigen.

MIT ABSTAND IN KONTAKT: DIGITALE ANGEBOTE IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE

Corona stellt das Leben in diesem Jahr auf den Kopf – aber die Vertriebenen, Aussiedler- und Spätaussiedler in NRW bleiben aktiv!

Das Jahr 2020 wird aufgrund der Corona-Pandemie weltweit in die Geschichtsbücher eingehen. Auch in NRW war und ist das Leben durch die Pandemie bestimmt. Die Verbände und Vereinigungen sowie die zahlreichen Einrichtungen der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler waren durch den Lockdown ebenfalls plötzlich vor ungeahnte Herausforderungen gestellt – und sind es

bis heute noch. Doch nach einiger Zeit der Neujustierung sind zahlreiche neue, digitale Formate entstanden, Veranstaltungen wurden digital neu konzeptioniert und so andere Wege gefunden, mit den eigenen Zielgruppen und der Öffentlichkeit in Kontakt zu bleiben. Eine kleine Auswahl dieser neuen Formate und Angebote möchten wir Ihnen hier in aller Kürze vorstellen.



WANDERAUSSTELLUNG WIRD VERFILMT

Im Rahmen der Verfilmung der Wanderausstellung „Geschichte und Gegenwart der Deutschen aus Russland“ wurde auch der NRW-Beauftragte Heiko Hendriks in einem mobilen Studio im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf befragt. Neben Zeitzeugen, die unter dem Motto #ERZÄHLDEINEGESCHICHTE aus ihrem Leben berichten, werden auch Experten zur Situation befragt. Die nationale Wanderausstellung liefert eine fachkundige Sichtweise der historischen Ereignisse rund um die Geschichte der Deutschen in und aus Russland – von ersten Siedlungen der Kolonisten vor mehr als 250 Jahren bis zur Rückkehr nach Deutschland. Gefördert wird das Vorhaben vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, durchgeführt wird es von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

DIGITALER HEIMATTAG DER SIEBENBÜRGER SACHSEN

Der Heimattag in Dinkelsbühl gehört seit vielen Jahrzehnten fest zum jährlichen Kulturprogramm der Siebenbürger Sachsen. Doch auch hier musste aufgrund von Corona umdisponiert werden – und das Ergebnis kann sich sehen lassen: Ende Mai konnten die Besucherinnen und Besucher beim digitalen Heimattag unter dem Motto „Zuhause und doch verbunden“ live auf Youtube dabei sein. Neben einigen Begrüßungsansprachen und



der traditionellen Kranzniederlegung gab es Rock- und Blechbläserkonzerte, gemeinsames Singen vor dem Bildschirm, siebenbürgisch-sächsischen Humor oder Kochkurse zu originalen Rezepten. Für alle, die nicht live dabei sein konnten, sind die einzelnen Videos des Heimattages auch weiterhin auf Youtube unter www.youtube.com/siebenbuergerde abrufbar.

OBERSCHLESISCHES LANDESMUSEUM VIRTUELL ERKUNDEN

Auch das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen hat auf die Corona-Pandemie mit neuen digitalen Angeboten reagiert. Auf der Homepage des Museums unter www.oslm.de sind ab sofort zahlreiche Audioguides verfügbar, in denen ausgewählte Objekte der Dauerausstellung erläutert werden. Die Audioguides können entweder direkt abgespielt oder heruntergeladen werden. Hörerinnen und Hörer erfahren hier zum Beispiel mehr über schlesische Glaskunst, über zweisprachige Ortsschilder in Schlesien oder über die Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die beliebte Sonderausstellung „Schaukelpferd und Zinnsoldaten. Kindheit und Jugend in Schlesien“, die nach 2 Jahren Laufzeit endet, kann nun digital unter www.oslm.de nachverfolgt werden.



DIGITALE FÜHRUNG DURCH DAS MUSEUM FÜR RUSSLAND-DEUTSCHE KULTURGESCHICHTE

In einer digitalen und interaktiven Führung können Interessierte nun einen kompakten ersten Einblick in das Angebot und die Ausstellungen des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte gewinnen, der das Interesse für einen Besuch vor Ort weckt! In 33 kurzen Clips von ca.



ein bis zwei Minuten erfahren die Zuschauer zum Beispiel, welche Ausreisegruppen der Deutschen es gab und in welche Gebiete des russischen Reichs vor ca. 300 Jahren sie ausgewandert sind. Am Ende jedes Clips kann sich die Nutzerin oder der Nutzer entscheiden, wie es weitergehen soll und bekommt stets zwei Clips zur Auswahl, die thematisch nahtlos an das zuvor Gesehene anknüpfen. Die Führung ist auf Youtube unter folgendem Link verfügbar: <https://www.youtube.com/watch?v=56NGMlc9kIU>

X3 PODCAST – DER ERSTE RUSSLANDDEUTSCHE PODCAST

Ein vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW geförderter und von der LmDR NRW unterstützter Podcast. Im Podcast X3 beschäftigen sich Helena Melikov, Julia Boxler und Ani Menua mit spannenden und aktuellen Themen aus Politik, Gesellschaft und Kultur, die die Deutschen aus Russland betreffen oder sie beschäftigen. Mit einem Augenzwinkern greifen die drei auch gängige Klischees auf und gehen der Frage nach, was es eigentlich heißt, „russlanddeutsch“ zu sein. Die drei Protagonistinnen sind selbst als Kinder mit ihren Familien aus der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren nach Deutschland ausgesiedelt und können daher auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Projektträger ist die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. in Nordrhein-Westfalen. Die Folgen sind unter anderem auf allen gängigen Podcast-Plattformen (z.B. Spotify, Apple Podcasts etc.) verfügbar. Alle Informationen können auch über die Seite <https://linktr.ee/X3Podcast> abgerufen werden.





SERIE KULTUREINRICHTUNGEN IN NRW TEIL IV: **DAS MUSEUM FÜR RUSSLAND- DEUTSCHE KULTURGESCHICHTE**

**Auch in dieser Ausgabe des VAS-Journals stellen wir Ihnen wieder eine der großen Kultur-
einrichtungen in NRW aus dem Bereich der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler vor.
In Detmold lädt das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte zum Kennenlernen der
russlanddeutschen Kultur und der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Russlanddeut-
schen ein. Kornelius Ens ist Leiter des Museums und beantwortet im Interview einige Fragen
zur Arbeit des Museums.**



Foto oben: Das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte. / Fotos unten: Impressionen von der Ausstellung

Dieses Porträt führt uns in die Region Ostwestfalen-Lippe, genauer gesagt nach Detmold. Hier ist seit 1996 das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte angesiedelt. Otto Hertel, russlanddeutscher Physiklehrer und Gründer des Museums, war von der Überzeugung geprägt, dass Menschen ohne Vergangenheit keine Zukunft haben können. Sein Ziel war es, die bewegte und jahrhundertealte Geschichte der Russlanddeutschen in der Erinnerung der kommenden Generationen zu bewahren. Und so wurde der Grundstein für das heutige Museum gelegt – alles begann zunächst jedoch mit einer kleinen Sammlung und einer Wanderausstellung.



**MUSEUM FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE
KULTURGESCHICHTE**

Untergebracht ist das Museum in einem Neubau auf dem Gelände des Christlichen Schulfördervereins Lippe e. V., der in Detmold eine Grundschule, eine Gesamtschule und ein Gymnasium betreibt. Der Kontakt zu einem jungen Publikum war somit gegeben. Auf zwei Etagen finden sich heute die Dauerausstellung, eine Bibliothek, Magazin- und Archivräume sowie Räume für Wechselausstellungen.

Wer sind die Deutschen aus Russland?

Die Homepage des Museums bietet als Einstieg zur Beschäftigung mit der Geschichte und Kultur der Russlanddeutschen zunächst die Möglichkeit, sich mit der Definition der Russlanddeutschen auseinanderzusetzen: Wer sind die Russlanddeutschen? Warum lebten sie als Deutsche in Russland? Wie gestaltete sich ihr Alltagsleben? Diese und weitere Fragen werden ausführlich und anschaulich beantwortet. Ebenso wird der geschichtliche Hintergrund erläutert, warum Russlanddeutsche, zum Beispiel als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, heute wie-

der in Deutschland leben und wie sich ihre Integration in der bundesdeutschen Gesellschaft gestaltet hat und heute gestaltet.

Angebot vor Ort

Selbstverständlich bietet auch das Museum vor Ort die Möglichkeit, sich ausführlich und vor allem sehr anschaulich mit den Deutschen aus Russland zu beschäftigen: die Dauerausstellung „Ausgepackt“ zeigt anhand von neun Themenbereichen Geschichte und Gegenwart der Deutschen, die vor mehr als 300 Jahren nach Russland ausgewandert sind

und heute wieder in Deutschland leben. Der Titel der Dauerausstellung deutet auf die Konzeption der Ausstellung hin: mit Hilfe zahlreicher Alltagsgegenstände, die die Deutschen in Russland in ihrer bewegten Migrationsgeschichte immer wieder ein – und auspacken mussten, wird deutlich, wie sie gelebt und gearbeitet haben und welche Werte Ihnen wichtig waren.

Bibliothek und Familienforschung

Die im Museum eingegliederte Bibliothek bietet Interessierten die Möglichkeit, in über 14.000 Titeln über die Geschichte und die Kultur der Deutschen aus Russland zu recherchieren. Neben Fachliteratur, Zeitschriften und Zeitungen steht auch ein kleiner Bestand an Prosa und Poesie zur Verfügung. Falls interessierte Besucherinnen und Besucher des Museums Interesse an ihrer eigenen Familiengeschichte haben, bietet das Museum Informationen zu Archiven und Institutionen, die bei der Familienforschung behilflich sein können – sowohl in Deutschland als auch im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. →

KULTURREFERAT FÜR RUSSLANDDEUTSCHE

Der Kulturreferent für Russlanddeutsche, Edwin Warkentin, widmet sich insbesondere der Vermittlung von aktuellen und vergangenen Erfahrungswelten der Russlanddeutschen. Hierzu bietet er Theaterprojekte, Ausstellungen, Lesungen sowie Workshops in Kooperation mit dem Museumsteam an. Die vom Bund geförderten Kulturreferate wirken im Bereich der kulturellen Vermittlung und Bildung und verfügen über einen eigenen Förderetat.

Kontakt: Georgstraße 24, 32756 Detmold – Tel.: 05231/921694 – e.warkentin@russlanddeutsche.de

Spezialangebote und virtueller Zugang

Neben der Dauerausstellung bietet das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte auch zahlreiche Spezialangebote, wie zum Beispiel eine Seminarreihe zum Thema „Identitätsbildung“ oder spezifische Angebote für Schülergruppen, die verschiedene museumspädagogische Ansätze sowie Altersklassen abdecken.

Die sonst am Museum regelmäßig stattfindenden Tagungen und Workshops konnten in diesem Jahr unter den Bedingungen der Corona-Pandemie nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Dennoch hat sich das Museumsteam einige alternative Angebote einfallen lassen, die einen virtuellen Zugang zur Kultur und Geschichte der Deutschen aus Russland von zu Hause aus ermöglichen. Neben einer virtuellen Museumsführung (s. Artikel „Digitale Angebote in Zeiten von Corona“), die auf Youtube abrufbar ist, gibt es auf der Homepage des Museums eine virtuelle Ausstellung zum Thema „Russlanddeutsche – Die Zeiten des Umbruchs“. Die in Kooperation mit der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne konzipierte digitale Ausstellung erläutert

u.a. anhand von interaktiven Zeitstrahlen die Zeit von der Oktoberrevolution im Jahre 1917 bis zum Zusammenbruch der UdSSR im Jahre 1991.

Auch Heiko Hendriks war bereits mehrfach zu Gast im Museum, insbesondere bei den jährlichen Jahresempfangen: „Wir sind sehr froh, mit dem Museum in Detmold eine bundesweit einzigartige Einrichtung zur Kultur und Geschichte der Deutschen aus Russland hier in NRW zu haben! Ein Besuch – sei es vor Ort oder virtuell – lohnt sich in jedem Fall und bietet die Möglichkeit, auf spannenden und modernen Wegen über die Deutschen aus Russland dazuzulernen!“



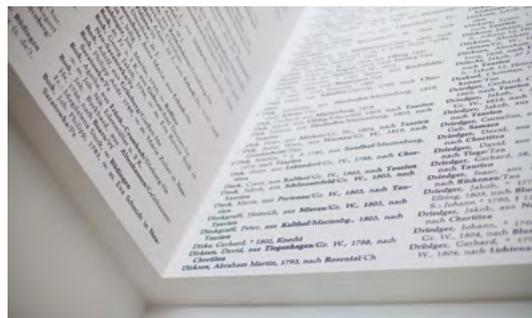
MUSEUM FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE
KULTURGESCHICHTE

Georgstraße 24 · 32756 Detmold
Tel.: 05231 / 921690
museum@russlanddeutsche.de
www.russlanddeutsche.de



Links: Schülerinnen zu Gast im Museum

Unten links:
Impressionen von
der Ausstellung
Unten rechts:
Namensliste für die
Ahnenforschung
(Alle Fotos: Museum
für russland-
deutsche Kultur-
geschichte)



Interview mit **Kornelius Ens**, Leiter des Museums für russlanddeutsche Kultur- geschichte

Kurz und knapp zusammengefasst: Was ist das Besondere an Ihrer Einrichtung und worauf können sich Besucherinnen und Besucher vor Ort freuen?

Das Besondere an unserem Museum ist, dass wir mehrere Ebenen unseres Themengebiets bedienen können. So haben wir eine Dauer Ausstellung, die neben einer Auseinandersetzungsmöglichkeit mit der Geschichte und Kultur von Russlanddeutschen für die Gesamtgesellschaft auch einen Ort des Erinnerns für Russlanddeutsche selbst darstellt – in dieser Form einmalig in Deutschland. Ferner sind wir im Besitz einer großen Fachbibliothek, eines Archivs und Depots, welches der Forschung zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus pflegen wir vielschichtige Kooperationen zu unterschiedlichen Universitäten im In-, und Ausland und vor allem zu Schulen. Etwa die Hälfte aller Personen, die an Führungen teilnehmen, sind Schüler.

Im Zuge der Corona-Pandemie hat Ihr Haus einige digitale Museumsangebote erarbeitet und zur Verfügung gestellt. Wie sind Ihre bisherigen Erfahrungen damit und wo liegen dabei die größten Herausforderungen?

Unsere digitalen Museumsangebote sind sehr gut angenommen worden. Wir haben positive Resonanzen sowohl aus dem Vermittlungsbereich, als auch der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit erhalten. Es hat uns gezeigt, dass wir hierüber nochmals eine Erweiterung der Reichweite erlangen konnten. Die neuen Kontakte und Netzwerke werden auch in „Post-Corona-Zeiten“ genutzt werden können. Es ist aber letztlich auch als eine Einladung zu verstehen, sobald es wieder möglich ist, in einen persönlichen Kontakt einzutreten und eine Begegnung mit authentischem Material anzubahnen. Der Besuch unseres Museums bleibt letztlich ein ganzheitliches Erlebnis.



Das Museum ist eng mit den Schulen verbunden, die sich auf dem gleichen Gelände befinden, und setzt zudem stark auf das ehrenamtliche Engagement aus der russlanddeutschen Gemeinschaft in OWL. Was bedeutet diese besondere Konstellation für Ihre tägliche Arbeit?

Für unsere tägliche Arbeit bedeutet dies, dass vielen Schülerinnen und Schülern eine Erweiterung des Klassenraums ermöglicht wird und sie somit ein Fremd-, und Selbstverstehen russlanddeutscher Kulturgeschichte ermöglicht bekommen. Außerdem haben wir u.a. aus dem schulischen Bereich eine Reihe von Lehrkräften und Verwaltungsangestellten, die sich in hohem Maße mit dem Museum identifizieren und sich ehrenamtlich einbringen. Einzelne Projekte, wie das letztjährige Theaterstück „Das Gras unter unseren Füßen“ im Landestheater Detmold, wurden in Kooperation mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, sowie dem Museum durchgeführt.

Auch wenn es angesichts der unsicheren Lage durch Corona schwierig ist, möchten wir einen vorsichtigen Ausblick auf das kommende Jahr wagen: welche Angebote oder Aktivitäten sind derzeit in Ihrem Team in Planung?

Die allgemeine Pandemiesituation fordert uns selbstverständlich heraus. Wir können nur „auf Sicht“ planen, was dazu führt, dass wir auch weiterhin eine doppelte Strategie in den Blick nehmen: analog wie digital. Ferner hat das Kulturreferat für Russlanddeutsche, welches bei uns am Museum angesiedelt ist, bereits in diesem Jahr eine Vielzahl an digitalen Veranstaltungen durchgeführt – darauf kann aufgebaut werden. Wir werden in jedem Fall unsere museumspädagogische Arbeit weiter verstärken müssen, da wir vor der Corona-Zeit bereits an Belastungsgrenzen gestoßen sind. Ferner erweitern wir in den nächsten beiden Jahren unser Vermittlungsangebot: Unter Federführung unseres Kurators wird zur Zeit ein interaktiver ‚Escaperoom‘ entwickelt. Außerdem wollen wir das Museum als einen Ort der persönlichen Erinnerung weiter ausbauen und entsprechende Arrangements anbieten.

ZU BESUCH AM UND IM WASSER VON DANZIG

Studienreise nach Danzig über die Bedeutung
des Wassers in der Region Danzig

VON MAGDALENA OXFORT





Oben: Die Reisegruppe vor dem Artushof in Danzig

Gegenüberliegende Seite: Blick auf das Krantor vom Kajak aus während der ersten Paddeltour

Im Rahmen einer Kooperation u.a. mit dem Bund der Danziger e.V., dem Museum Danzig, der Deutschen Minderheit in Danzig und Graudenz hat das Kulturreferat für Westpreußen, Posener Land und Mittelpolen in der Zeit vom 30. Juli bis 4. August 2020 eine Studienreise nach Danzig veranstaltet, deren Schwerpunkt sich auf die Bedeutung des Wassers für die Stadt Danzig und die Geschichte des Wassersports konzentrierte.

Am Tag der Ankunft, die am 30. Juli spätmittags erfolgte, begab sich die Reisegruppe auf einen abendlichen Spaziergang entlang der Mottlau, um sich einen Eindruck von der „Königin der Ostsee“ – wie Danzig auch genannt wird – zu verschaffen.

Für den 31. Juli war die Erkundung der Stadt und ihrer Kulturdenkmäler vorgesehen. Die Kulturreferentin und Initiatorin der Studienreise, Magdalena Oxford, führte die Gruppe in den nördlichen Teil von Danzig. Dabei wurde das Zentrum für Solidarnosc besichtigt, welches die Geschichte der gleichnamigen Gewerkschaft beleuchtet, die sich 1989 zu einem bedeutenden Umbruch in Polen verantwortlich zeichnete. Im Anschluss folgte ein Rundgang über das Gelände der Werftanlage, bevor das Museum des Zweiten Weltkriegs besucht wurde. Während des Rückwegs in den Kern der Altstadt am Krantor vorbei flanieren die Reisetilnehmer/-innen über die für den Bernsteinhandel berühmte Frauengasse zur Marienkirche, dem mächtigsten Backsteinbau der Stadt. Dort schlossen sich Christoph Joachimowicz und Heinrich Janusch – Vertreter der Deutschen Minderheit aus Dan-

zig – der Gruppe an, die ihnen eine umfassende Führung durch das Rechtstädtische Rathaus mit dem Artushof sowie über den gesamten Langen Markt geboten haben. Inhaltlich konnten sie die Teilnehmer/-innen der Reise nicht nur mit ausführlichem Hintergrundwissen begeistern, sondern auch mit zahlreichen Anekdoten über die Geschichte ihrer Heimatstadt unterhalten.

An den nachfolgenden zwei Tagen (1. und 2. August) lag das Hauptaugenmerk der Reise auf der Geschichte des Wassersports. Im südlichen Teil Danzigs, der „Alten Vorstadt“, befindet sich der seit 1947 existierende Kajakverein Zabi Kruk. Dieser liegt unmittelbar an der gleichnamigen Straße ulica zabi kruk, deren historisch-deutsche Bezeichnung Poggenpfehl ist. Obwohl dessen Namensursprung etymologisch aus dem Begriff des „Froschteichs“ herzuleiten ist, errichtete an dieser Stelle Anfang des 19. Jh. der berühmte Arzt Dr. Johann Georg Haffner als Vorkämpfer der Hygiene eine für damalige Zeiten moderne Badeanstalt. Nachdem die Mitarbeiter/-innen von Zabi Kruk der Reisegruppe einen Einblick in das historische Vereinshaus gewährten und ihnen die Geschichte des →

Sportclubs vermittelten, begaben sich die Teilnehmenden in Zweier-Kajaks, um die Stadt Danzig vom Wasser aus zu erkunden. Die von dem Danziger Historiker und erfahrenen Paddler Artur Kawinski für den 1. August vorgesehene Route führte vom Poggenpfuhl aus auf der Mottlau über das Hafenbecken an den Wahrzeichen der Stadt wie dem Grünen Tor, dem Krantor, der Speicherinsel sowie der Werft vorbei bis hin

zur Mündung der Weichsel in die Ostsee. Trotz einiger Herausforderungen wie übermäßigem Wellengang und dem Passieren zahlreicher Schiffe, Yachten und Boote gelang es der Gruppe, die knapp 15 Kilometer mit einer kurzen Pause zur Stärkung zu meistern.

Am 2. August führte die Route mit etwa 10 Kilometern von den ruhigeren Gewässern der alten Stadtbastionen und der „Neuen Mottlau“ erneut über das Hafenbecken sowie der „Toten Weichsel“ bis hin zur Kaiserlichen Werft und zurück. Im Verlauf der zwei Tage konnten die TeilnehmerInnen die Stadt Danzig nicht nur von einer anderen Perspektive aus betrachten – vielmehr erhielten sie durch die Ausführungen Artur Kawinskis während der Paddelfahrten einen breit gefächerten Überblick zur Geschichte und architektonischen Entwicklung Danzigs.

Den krönenden Abschluss der Studienreise bildete am 3. August eine Fahrt nach Zoppot, der als mondäner Bade- und Kurort allgemein hin berühmt ist. Dessen Entstehung ist auf Dr. Johann Georg Haffner zurückzuführen, der zunächst als Militärarzt unter Napoleon nach Danzig kam und sich schließlich bis zu seinem Lebensende dort niederließ. Haffner erkannte besonders früh die heilende Wirkung des Meerwassers, weshalb er



Die Kulturreferentin Magdalena Oxfort während der ersten Paddeltour



Zweiter Tag der Paddeltour an der Danziger Werft entlang



Vier TeilnehmerInnen der Studienreise paddeln an der Danziger Werft vorbei

in der Umgebung von Danzig neben dem Bad am Poggenpfehl, auch die Badeanstalten im Ort Brösen (Brzeźno) sowie in Zoppot eröffnete. Aus dem kleinen Fischerdorf wurde innerhalb kürzester Zeit ein Treffpunkt für die Schönen und Reichen aus aller Welt, wovon noch heute das Grand Casino an der Strandpromenade sowie die prägnante Kurort-Architektur zeugen.

Nach einem Rundgang durch Zoppot besichtigte die Reisegruppe den Molo, der mit 51,5 Metern der längste Meeressteg Europas ist und zugleich das Wahrzeichen der Stadt bildet. Bevor es am frühen Abend nach Danzig zurückging, unternahm die Gruppe einen ausgiebigen Strandspaziergang, bei dem die während der Reise gesammelten Eindrücke ein weiteres Mal vergegenwärtigt wurden.

Während dieser Studienreise konnte allen Teilnehmern die vielfachen Facetten Danzigs und die historische Bedeutung des Wassers vermittelt werden, die fest in der Kultur der Stadt und ihrer Bewohner verwurzelt ist. Von der Geschichte Danzigs als Mitglied der Hanse, womit die Stadt zu außerordentlichem Reichtum gelangte bis hin zur Begeisterung für den Wassersport und den hygienischen Errungenschaften im 19. Jahrhundert wie die Einstellung

zum Baden im Meer stellt die Verbindung des Danziger Bürgertums zum Wasser ein essentielles Lebensgefühl dar, welches in besonderer Weise in den Sommermonaten am Hafenbecken wie auch entlang der gesamten Danziger Bucht zu beobachten ist.

DER ASPEKT DES WASSERS ...

ist in der Hansestadt Danzig allgegenwärtig und findet sich sowohl in der Herkunft des Städtenamens, die sich auf „ein Gebiet am Wasser“ bezieht, wie auch in den mannigfaltigen Darstellungen meist mythologischer Gestalten an den Fassaden der Häuser und Brunnen, mit denen die jahrhundertealte Handelsgeschichte Danzigs widergespiegelt wird. Zudem ist Danzig für eine reiche Tradition im Wassersport bekannt, deren Anfänge bis in das 19. Jahrhundert zurückführen. Im Jahr 1922 wurde in Danzig der erste Schiffsfahrtsclub gegründet. Allmählich erfreuten sich auch Ruder- und Kajakvereine großer Beliebtheit, die ihre Aktivitäten durch die Zäsur des Zweiten Weltkriegs zunächst einstellen mussten und erst nach 1945 wieder aufnehmen konnten.



Historisches Paddel des Vereins Zabłoty Kruk Gdansk mit Abzeichen und Plaketten



Danziger Kogge aus Bernstein gefertigt, Exponat des Bernsteinmuseums Danzig (Alle Fotos: Magdalena Oxfort)

IM GESPRÄCH

MIT ...

RAFAL BARTEK

Vorsitzender des Regionalparlamentes der Woiwodschaft Opole/Oppeln

Nordrhein-Westfalen und Oberschlesien sind auf vielfältige Weise miteinander verbunden. Nicht nur leben in NRW viele hunderttausende Menschen mit oberschlesischen Wurzeln, auch stehen beide Regionen aufgrund ihres industriehistorischen Hintergrundes heute vor ähnlichen Herausforderungen mit Blick auf den Strukturwandel. Darüber hinaus pflegt Nordrhein-Westfalen seit mehr als fünf Jahrzehnten eine Patenschaft über die hiesigen Oberschlesierinnen und Oberschlesier. Unser Interviewpartner Rafal Bartek ist Kommunalpolitiker in Oberschlesien sowie Vorsitzender des Regionalparlamentes in Oppeln und zugleich Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD). Er hat uns berichtet, wie sich die Situation der deutschen Minderheit in Oberschlesien heute gestaltet und welche Aufgaben für ihn im Rahmen seiner unterschiedlichen Tätigkeiten im Vordergrund stehen.



Rafal Bartek zu Besuch in Deutschland im Januar 2020
(Foto: RLP)

Sehr geehrter Herr Bartek, Sie sind in verschiedenen Funktionen für die deutsche Minderheit in Oberschlesien aktiv. Wie würden Sie die aktuelle Situation der deutschen Minderheit und die Zusammenarbeit mit der polnischen Mehrheitsgesellschaft beschreiben?

Es ist eine sehr breite Frage auf die ich jetzt sehr lange antworten könnte. Die Deutsche Minderheit in der Oppelner Region bleibt auch 30 Jahre nach der offiziellen Gründung sehr aktiv in vielen Bereichen. Natürlich ändert sich oft die Art der Aktivität, die auch dem Zeitgeist entsprechen muss und dann stellt uns auch noch die Pandemiesituation vor neue Herausforderungen. Bei unseren Aktivitäten schließen wir uns dabei nie ab, wir versuchen die immer so zu gestalten, damit auch die Mehrheitsgesellschaft Zugang zu der deutschen Kultur und Sprache bekommen kann.

So veranstalten wir zum Beispiel seit mittlerweile 17 Jahren die deutschen Kulturtage in der Oppelner Woiwodschaft mit einer Reihe von verschiedenen Angeboten – Konzerte, Vorlesungen, Workshops. Das, was sehr schwierig bleibt, ist der für uns so wichtige Zugang zu der deutschen Sprache und zu der deutschen Geschichte der Region. Nach Jahrzehnten des Verbots der Sprache in Oberschlesien ist es für uns nicht nachzuvollziehen, dass das polnische Bildungsministerium uns durch eine neue Interpretation der Gesetze den Zugang zu der Sprache an den Grundschulen erschwert. Auch die Diskussion über die regionale Geschichte ist in den letzten Jahren wieder schwieriger geworden, denn in Polen wird leider wieder verstärkt mit der Geschichte Politik gemacht.

In Oppeln entsteht gerade das Dokumentations- und Ausstellungszentrum der Deut-



Heiko Hendriks bei seinem Besuch in Oberschlesien im September 2018 mit Rafal Bartek und dem Trainer der Miro-Fußballschule in Chronstau (Foto: MKW NRW)

ZUR PERSON

Rafal Bartek wurde am 13.10.1977 in Oppeln geboren. Er ist verheiratet und hat 2 Kinder.

Nach Beendigung seines Pädagogikstudiums sowie eines Aufbaustudiums im Bereich Bildungsverwaltung arbeitete Rafal Bartek zunächst als Deutschlehrer. Nach diversen Stationen, in denen er sich u.a. beruflich für die deutsch-polnische Zusammenarbeit engagierte, wurde er am 23. Mai 2015 zum Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opperler Schlesien gewählt. Bartek, der auch lange Zeit Ratsmitglied in seiner Heimatgemeinde Chronstau war, ist seit 2018 Vorsitzender des Opperler Sejmiks.

schen in Polen. Was wird in diesem Museum zu sehen sein und warum ist diese Einrichtung so wichtig für die in Polen lebenden Deutschen?

Gerade aus den schon oben genannten Gründen. Außerdem mussten wir leider in den letzten Jahren feststellen, dass es sowohl in Polen aber auch in Deutschland keine Einrichtung gibt, die sich mit der Geschichte der Deutschen in Polen (der Heimatverbliebenen) beschäftigen würde. Wir sind uns auch bewusst, dass viele Vorurteile, mit denen wir in Polen zu tun haben, auf Unwissen basieren und deshalb haben wir es uns ganz klar zu einem der Schwerpunkte des deutsch-polnischen Runden Tisches gemacht, dem entgegenzuwirken. Anfangs wollten wir eigentlich erreichen, dass in den schon bestehenden Museen, in den Regionen wo die Deutschen in Polen leben, die Geschichte quasi ergänzt wird, aber nachdem diese Idee gescheitert ist, haben wir uns entschlossen, das Ziel zu verfolgen, ein selbstständiges Dokumentations- und Ausstellungszentrum einzurichten. Dieses Ziel wurde auch in das Koalitionspapier zwischen der Bürgerplattform, der Bauernpartei und der Deutschen Minderheit auf der Regionalebene reingeschrieben und wurde auch vom Deutschen Bundestag unterstützt, indem für das Jahr

2020 Gelder für den Umbau eines dafür von der Deutschen Minderheit zur Verfügung gestellten Gebäudes bereitgestellt wurden.

Sie haben den Aufbau der deutschen Miro-Fußballschule in Chronstau maßgeblich mit begleitet. Was ist das Besondere an dieser Fußballschule?

Wir müssen in unserer Aktivität immer weiterdenken und weiter schauen. Wenn wir unsere Zielgruppe (Kinder, Eltern) für die deutsche Sprache und Kultur begeistern wollen, dann müssen wir die auch teilweise dort abholen, wo sie sind. Fußball und Sport insgesamt ist etwas, was die Menschen begeistert und da haben wir uns entschlossen, die regionale Kompetenz, dass es hier junge Trainer gibt, die auch der deutschen Sprache mächtig sind, zu einer eigenen Marke zu machen. So entstand das Projekt Miro Deutsche Fußballschule, wo wir durch den Schirmherren Miroslav Klose noch einmal den Hinweis gegeben haben, dass der Weltmeister von 2014 und Torschützenkönig der Weltmeisterschaft und der deutschen National-elf aus Oppeln kommt.

Bild links:

Sebastian Wladarz
und Marek Pszonak

Bild rechts:

V. l. n. r.: Dr.
David Skrabania,
Sebastian Wladarz
und Rafal Bartek



ZU GAST BEI Freunden und Partnern in Oberschlesien

Stiftung Haus Oberschlesien will internationale Kooperationen ausbauen

VON SEBASTIAN WLADARZ

Ein einwöchigen Besuch in Oberschlesien/Polen haben im August 2020 der Kulturreferent für Oberschlesien, Dr. David Skrabania, und der Vorsitzende der Stiftung Haus Oberschlesien, Sebastian Wladarz, absolviert. Im Rahmen der Neuaufstellung der Stiftung ist insbesondere die Komponente der grenzüberschreitenden, europäischen Zusammenarbeit sehr wichtig. Die Gespräche seien von großer Offenheit und einem hohen Interesse geprägt gewesen, heißt es in einer Medienmitteilung der Stiftung. „Wir wollten uns einerseits als Partner ins Gespräch bringen, andererseits aber auch konkrete Projekte vorantreiben“, sagt Wladarz. Ganz „nebenbei“ wurden auch Exponate für die neue Sonderausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum abgeholt.

Internationale Konferenz in Ratingen geplant

Ein angestrebtes Projekt ist eine internationale Konferenz zum Thema „100 Jahre Volksabstimmung in Oberschlesien“ in Ratingen

(Hösel). Skrabania: „Die Ereignisse der Jahre 1919 bis 1922 waren einschneidend für Europa. In Oberschlesien ist das bis heute sichtbar und spürbar. Die Volksabstimmung war für Oberschlesien ein zentrales Ereignis, begleitet von Aufständen und politischen Auseinandersetzungen. 1922 kam es dann zur geographischen Aufteilung dieser historisch gewachsenen, multikulturellen Region. Ein Teil wurde Deutschland und der andere Teil Polen zugeschlagen.“ Mit der Konferenz, an der Historiker aus Deutschland, Polen, Großbritannien, Frankreich, Tschechien und Ungarn teilnehmen werden, wolle man den objektiven Blick auf die Ereignisse von damals schärfen und den Bogen in die heutige Zeit spannen. Details hierzu werde es zum späteren Zeitpunkt geben. „Wir konnten namhafte Partner, wie das Institut für Nationales Gedenken in Kattowitz, das Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, das Gerhart-Hauptmann-Haus und die Landeszentrale für politische Bildung NRW gewinnen. Es wird zum Thema auch ein Bildungsfilm produziert werden, außerdem ist

eine Sonderausstellung in Planung“, sagt David Skrabania. Ein weiterer Partner ist das Museum in Gleiwitz.

Perspektiven für eine Zusammenarbeit

Apropos Gleiwitz. Ein Besuch bei alten Freunden habe hier neue Perspektiven eröffnet, sagen die beiden Reisenden. „Wir haben bei dieser Gelegenheit auch meinen Freund Marek Pszopak (im Bild rechts neben Sebastian Wladarz) getroffen. Er ist derzeit Vorsitzender des Gleiwitzer Stadtrates und zeigte sich interessiert an einer Zusammenarbeit mit Ratingen“, sagt der gebürtige Gleiwitzer Wladarz, der auch Rats Herr im Ratinger Stadtrat ist.

Wladarz wörtlich: „Die Stadt beschäftigt sich sehr mit ihrer eigenen Geschichte und baut auf die Jugendarbeit.“ Mit dem Sender Gleiwitz, der als bekannteste Grenzprovokation vor dem deutschen Überfall auf Polen gilt oder dem Gedenkhaus der Oberschlesischen Juden, bietet die Stadt auch im Hinblick auf geschichtliche Bildung einiges. Gleiwitz ist in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Sport höchst interessant. Unter der Berücksichtigung des Formats „Regionales Weimarer Dreieck“ (Deutschland, Frankreich, Polen) würde eine Zusammenarbeit der beiden Städte bereichernd für alle wirken. Man wolle daher nun an den Ratinger Bürgermeister herantreten.

Minderheiten im Fokus der Europapolitik

Weitere Gespräche gab es im Oberschlesischen Museum in Beuthen, wo sogar konkrete Projektvorschläge erörtert wurden konnten, sowie in Oppeln mit Dr. Michal Matheja (im Bild hinter Dr. David Skrabania), dem Leiter des Oppelner Forschungszentrums der deutschen Minderheit.

Auch mit prominenten Vertretern der deutschen Minderheit, wie mit Rafal Bartek (im Bild rechts), Vorsitzender der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln sowie Vorsitzender des Oppelner Sejmik, wurden Möglichkeiten einer noch engeren Kooperation erörtert.

„Die Brücke nach Oberschlesien und zur polnischen Mehrheitsbevölkerung führt unmittelbar über unsere deutschen Landsleute vor Ort“, sagten Skrabania und Wladarz. Partner seien hier die Sozialkulturelle Gesellschaft der Deutschen, aber auch Institutionen wie das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz. Die Jubiläumsjahre bieten eine gute Gelegenheit, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Außerdem: Das Themenfeld „Minderheitenpolitik“ steht zurzeit nicht nur in Polen, sondern auch im Fokus der europäischen Politik. Die europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack“ hat erfolgreich über eine Million Unterschriften für die Stärkung von Minderheitenrechten gesammelt und bei der Europäischen Kommission eingereicht. Diese ist allein schon aufgrund der großen Anzahl verpflichtet, sich damit zu befassen. Auch in einem bereits beschlossenen Antrag im Düsseldorfer Landtag (17/10633) heißt es: „Wir stehen zu den Rechten von Minderheiten. Dauerhaften Frieden kann es nur durch ein gerechtes Zusammenleben von Minderheit und Mehrheitsbevölkerung geben“. Die beiden Vertreter aus Ratingen-Hösel sind sich daher sicher: „Wir machen hier nicht nur Kultur und Verständigung, sondern bauen aktiv am Haus Europa. Und bekanntlich ist die Europäische Einigung die beste Antwort auf die Trümmer des 2. Weltkrieges“.



Dr. David Skrabania und
Dr. Michal Matheja
(Alle Fotos: SHO)

DER BDV ISERLOHN ZU GAST BEI DEM LANDRAT THOMAS GEMKE

VON PAUL MUSCHIOL

Am 10. September 2020 empfing der scheidende Landrat des Märkischen Kreises, Thomas Gemke, Delegierte der Kreisverbände des Bundes der Vertriebenen (BdV) aus Lüdenscheid und Iserlohn sowie der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn, um mit ihnen über die aktuellen Probleme und gemeinsam erreichte Ziele der Kulturarbeit zu sprechen

In dem Gespräch dankte er für die 11-jährige gute Zusammenarbeit und erwähnte ausdrücklich die Verdienste der Verbände in Bezug auf die Partnerschaft zwischen dem Märkischen Kreis und dem Kreis Ratibor. Zusätzlich lobte er die Veranstaltungen zum Tag der Heimat in Lüdenscheid und Iserlohn.

Absprachegemäß berichtete Hans-Joachim Muschiol, stellvertretender Vorsitzender des BdV-Kreisverbandes Iserlohn und Leiter der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn und über die kritische Situation der Verbände durch die COVID-19-Pandemie. Insbesondere wies er auf die finanzielle Not hin, da keine zusätzlichen Einnahmen durch Veranstaltungen oder Mieteinnahmen möglich sind. Er erwähnte die guten partnerschaftlichen Beziehungen zu der Gemeinde Kreuzenort (Kreis Ratibor) und lobte auch die positive Einstellung des neuen deutschstämmigen Landrates von Ratibor, Gregor Svoboda.

Brigitta Gottmann, Kreisvorsitzende des BdV-Kreisverbandes Lüdenscheid, dankte dem Landrat für seine gute Ansprache am „Tag der Heimat“ am 6. September 2020 in Lüdenscheid. Es sei eine besondere Herausforderung für alle Beteiligten gewesen, diese Veranstaltung durchzuführen.

Der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Iserlohn Klaus-Arno Lemke berichtete über seinen Einsatz in Ostpreußen, seine vielfältigen Tätigkeiten für den BdV-Kreisverband Iserlohn und die Landsmannschaft Ostpreußen auf Landesebene. Er verwies auf die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen vor 100 Jahren, die besondere Veranstaltung zum Tag der Heimat 2019 in Bezug auf die musischen Gruppen aus Ostpreußen und den Bericht über die „Wolfskinder“ in Ostpreußen und im Memelgebiet.

Nachdem der Landrat das Gespräch mit nochmaligem Dank beendete, wurden ihm kleine Geschenke übergeben, so die „Kleine Geschichte Schlesiens“ und eine Dokumentation über 70 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen.



*Delegation der Verbände der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/ Rübezahl“ Iserlohn und des Bundes der Vertriebenen aus Iserlohn und Lüdenscheid. (V. l. n. r.: Bernhard Giemsa, Thomas Gemke, Hans-Joachim Muschiol, Brigitta Gottmann, Klaus-Arno Lemke, Willi Gottmann.)
(Foto: Christof Hüls)*

WÜRDIGE AMTSÜBERGABE BEI DER FRAUENTAGUNG DER SUDETENDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFT NRW

VON GÜNTHER REICHERT

Bei der diesjährigen Frauentagung der nordrhein-westfälischen sudetendeutschen Landsmannschaft am 9. Oktober 2020 im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf wurde die langjährige Landesfrauenreferentin Brigitta Gottmann gebührend verabschiedet und Gertraud Rakewitz zu ihrer Nachfolgerin gewählt.

In einem Rückblick schilderte Brigitta Gottmann ihre vielfältigen Aktivitäten in den vergangenen 20 Jahren, insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung qualitätsvoller Landesfrauentagungen, stets intensiv unterstützt von ihrem Mann. Anschließend bedankte sich der SL-NRW-Landesobmann Werner Appl für die vielen hoch interessanten Treffen, die Brigitta Gottmann in diesen zwei Jahrzehnten organisiert hat und überreichte ihr u.a. einen bunten Präsentkorb. Im Namen der Frauentagung dankten Karin Fuhrmann und Christa Schmalbach der scheidenden Landesfrauenreferentin. Auch die Bundesfrauenreferentin Gerda Ott sprach ihr ein großes Dankeschön aus und merkte an, dass nunmehr eine Ära zu Ende gehe.

Bei der anschließenden geheimen Abstimmung wurde Gertraud Rakewitz zur neuen Landesfrauenreferentin gewählt. Nach einer kurzen Vorstellung ihres Lebensweges bedankte sie sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und forderte die Anwesenden auf, sie zu unterstützen und ihr mitzuteilen, welche Wünsche sie für die Zukunft hätten.

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Landesfrauentagung bildeten anschließend zwei Referate. Christa Schmalbach hielt einen Vortrag über den „Mythos der 8-er Jahre“ in der Geschichte der böhmischen Länder: Vom 30-jährigen Krieg 1618 bis 1648, dem Revolutionsjahr 1848, der Auseinandersetzung um die Entsendung von Abgeordneten zur Frankfurter Nationalversammlung über die Ausrufung der Tschechoslowakischen Republik unter Einbeziehung der sudetendeutschen Gebiete im Jahr 1918, die



Stabwechsel bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Nordrhein-Westfalen V.l.: Gertraud Rakewitz, Landesobmann Werner Appl und Brigitta Gottmann (Foto: Günter Reichert)

Angliederung dieser Gebiete an das Deutsche Reich infolge des Münchener Abkommens im Jahr 1938 sowie der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei 1948 bis hin zur Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahr 1968.

Gertraud Rakewitz berichtete über die „Gräfin von Kunewald/Kunin“ aus Mähren, die von 1762 bis 1828 lebte und großen Wert auf die Bildung bedürftiger Kinder legte. Sie richtete in ihrem Schloss eine Schule ein, die sehr liberal und nach den damals neuesten Methoden geführt wurde und in der damaligen Zeit zu den besten Bildungseinrichtungen in Mitteleuropa zählte. Den gesamten Schulbedarf finanzierte sie aus eigenen Mitteln. Die Gräfin war so beliebt, dass man bis heute nur von „der guten Gräfin“ spricht.

Liedvorträge mit Gitarrenbegleitung von Ingrid Pimpl von „Auf, auf, ihr Wandersleut“ über „Und in dem Schneegebirge“ bis zum abschließenden „Kein schöner Land in dieser Zeit“ rundeten die gelungene Veranstaltung ab.

CHRONIK DES NRW LANDES- BEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUS- SIEDLERFRAGEN

KAPITEL 2 – EIN MEILENSTEIN: DIE SCHAFFUNG DES LANDESFLÜCHTLINGS- GESETZES VOM 2. JUNI 1948

Der Zustrom von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches beziehungsweise aus ost- und mitteleuropäischen Siedlungsgebieten zwang insbesondere die Verwaltungen der westlichen Besatzungszonen zum Handeln. Die zuständigen Behörden erließen von Anbeginn eine Fülle von Verordnungen, Bestimmungen und Anweisungen zur Organisation des Flüchtlingswesens. Im Verlauf des Jahres 1947 verabschiedeten verschiedene Länder entsprechende Gesetze mit der Zielsetzung, die Not der Flüchtlinge zu lindern und Vorkehrungen für eine provisorische Eingliederung zu treffen.

Das erste Flüchtlingsgesetz in NRW wird erarbeitet

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde eine gesetzliche Regelung vorbereitet. Der Entwurf eines Flüchtlingsgesetzes stand am 17. Februar 1948 erstmalig auf der Tagesordnung des Düsseldorfer

Landtages. Dabei wurden Anregungen aus den Reihen der Vertriebenen von Anfang an berücksichtigt. Der beim Kölner Regierungspräsidenten angesiedelte Bezirksflüchtlingsausschuss brachte einen eigenen Vorschlag in die Debatte ein, welcher im Hinblick auf den erfassten Personenkreis sowie die Betreuung bzw. Unterbringung der Flüchtlinge erweiterte Bestimmungen vorsah. Der Landtag diskutierte diesen sogenannten „Kölner Entwurf“, gab aber der Vorlage aus der Ministerialbürokratie den Vorzug. Das von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) und Sozialminister Rudolf Amelunxen unterzeichnete Flüchtlingsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen wurde schließlich am 2. Juni 1948 verabschiedet.

Der Einfluss des Landesflüchtlingsausschusses auf dieses Gesetzeswerk war naturgemäß begrenzt, trat das Gremium doch erst am



Plenarsaal im
Ständehaus
(Foto: Landes-
archiv NRW)

4. Mai 1948 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Bei der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes im Landtag war bestimmt worden, dass den Ostvertriebenen Gelegenheit zur Darlegung ihrer Anregungen und Bedenken gegeben werden sollte. So wurden die in den Bezirksausschüssen für den Landesflüchtlingsausschuss gewählten Vertreter für den 15. April 1948 zu einer Aussprache über den vorliegenden Gesetzesentwurf eingeladen. In Anbetracht der Kürze der zur Verfügung stehenden Vorbereitungszeit besaßen die einzelnen Mitglieder kaum eine Möglichkeit, ihre Vorschläge abzustimmen bzw. eine gemeinsame Stellungnahme zu erarbeiten. Zudem war das Gesetzgebungsverfahren bereits weit vorangeschritten, so dass die Beiträge aus den Reihen des Landesflüchtlingsausschusses im parlamentarischen Beratungsverfahren keine Berücksichtigung mehr finden konnten.

Anders stellte sich die Situation bei der zugehörigen Durchführungsverordnung dar, welche am 31. Dezember 1948 erlassen wurde. Bei der Ausgestaltung dieser komplexen Materie wurden die vom Landesflüchtlingsausschuss ausgehenden Impulse vom zuständigen Sozialministerium dankbar aufgegriffen. Die Durchführungsverordnung war für die Betroffenen von besonderer Bedeutung, ergänzte sie doch das Landesflüchtlingsgesetz in wirkungsvoller Weise und bot zugleich den einzelnen Vertriebenen die Möglichkeit, ihre Rechte auch tatsächlich wahrzunehmen.

Das Landesflüchtlingsgesetz bestand insgesamt aus siebzehn Paragraphen. Nach der Festlegung des Geltungsbereiches bzw. des betroffenen Personenkreises wurden die Fragen der Erfassung und der Einbürgerung von Flüchtlingen behandelt. Neben der Organisation von Aufnahme und Unterbringung regelte das Gesetz weiterhin die Ansprüche der Flüchtlinge auf Fürsorgeleistungen.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die wirtschaftliche Eingliederung; dieses Ziel wurde als Aufgabe aller beteiligten Behörden niedergelegt. Die gesetzliche Fixierung der Gleichbehandlung bei Arbeitskräftelebung und Bodenreform eröffnete, gemeinsam mit der For-



*Karl Arnold, ehemaliger
Ministerpräsident NRW
(Foto: KAS)*



*Rudolf Amelunxen, ehemaliger
Sozialminister NRW
(Foto: Bundesarchiv)*

derung eines paritätischen Anteils der Flüchtlinge in allen Berufsgruppen, zahlreichen Betroffenen die Chance, eine Existenz in ihrer neuen Heimat aufzubauen. Mit der Förderung von Produktionsgenossenschaften und der Möglichkeit, Landesbürgerschaften für Flüchtlingskredite zu vergeben, beinhaltete das Gesetz weitere konkrete Hilfsmaßnahmen.

Das Beiratssystem, welches ursprünglich auf einem Erlass des Sozialministeriums beruhte, erhielt nun eine gesetzliche Grundlage. Paragraph 13 Absatz 1 des Landesflüchtlingsgesetzes statuierte die Angliederung der Beiräte an die für das Flüchtlingswesen zuständigen Behörden auf allen Verwaltungsebenen.

Auf Regierungsebene war der Landesvertriebenenbeirat dem Sozialminister zugeordnet, womit der Gesetzgeber die Grundsatzentscheidung gegen eine Flüchtlingssondverwaltung bestätigte. Den Gremien kam dabei die Aufgabe zu, die staatlichen Stellen zu beraten und zu unterstützen. Da die Beiräte mindestens zur Hälfte aus Vertriebenen und Flüchtlingen bestehen mussten, konnten sie schnell die Akzeptanz der Betroffenen gewinnen und sich so als ihre Interessenvertretung etablieren. Die Arbeit der Gremien vermittelte den Vertriebenen und Flüchtlingen das Bewusstsein, die sie betreffenden Fragen an die zuständigen Behörden herantragen zu können.

Die Bedeutung des Landesflüchtlingsgesetzes für das Zusammenleben von Vertriebenen →

Textausgabe des Bundesvertriebenen-gesetzes, 1953. Die in der Beck'schen Verlagsbuchhandlung erschienene Textausgabe des Bundesvertriebenenengesetzes enthielt noch andere, für das Flüchtlingsrecht relevante Gesetzestexte, so das Reichssiedlungsgesetz, das Umsiedlungsgesetz, das Flüchtlingsnotleistungsgesetz sowie das Notaufnahmegesetz.

© Deutsches Historisches Museum, Berlin



und einheimischer Bevölkerung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Das Gesetz grenzte nicht nur die Aufgaben und Kompetenzen zwischen den staatlichen und kommunalen Verwaltungen ab, sondern bot darüber hinaus zahlreiche Ansatzpunkte zur Bewältigung der das Flüchtlingswesen betreffenden Probleme. Zugleich wurde die Bereitschaft der Vertriebenen dokumentiert, mit aller Kraft am Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen mitzuwirken und sich so am wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Leben zu beteiligen. Im Gegenzug wurden das Bekenntnis zu einem gerechten Lastenausgleich und die Forderung nach der Rückkehr der Vertriebenen in ihre angestammte Heimat verankert. Doch insgesamt lag die Bedeutung des Landesflüchtlingsgesetzes nicht so sehr in seinen einzelnen materiellen Bestimmungen, sondern vielmehr auf der symbolischen Ebene. Der Landtag hatte die formelle Gleichbehandlung der Vertriebenen und der einheimischen Bevölkerung festgeschrieben und somit die Grundlage für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe gelegt. Die Vertriebenen mussten sich nicht länger als Bürger zweiter Klasse fühlen.

Ablösung durch Bundesgesetz

Das Landesflüchtlingsgesetz behielt bis zur Verkündung des Bundesvertriebenenengesetzes am 18. Mai 1953 seine Gültigkeit. Die positiven Erfahrungswerte aus Nordrhein-Westfalen ließen dem Gesetz Modellcharakter zukommen, an welchem sich die übrigen Bundesländer orientierten. So griff der Bundesgesetzgeber auf zahlreiche Elemente aus dem Landesflüchtlingsgesetz zurück, welche im Rahmen des Bundesvertriebenenengesetzes fortgelten sollten.

i

Dieses Kapitel ist der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ von den Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen.

PRÄMBEL DES FLÜCHTLINGSGESETZES FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN VOM 2. JUNI 1948

Der vom Nationalsozialismus entfesselte Krieg hat in seinen Auswirkungen das deutsche Volk ins Elend gestürzt. Besonders schwer betroffen sind die aus ihrer Heimat vertriebenen Ost-, Volks- und Auslandsdeutschen. Ihre Not lässt sich endgültig nur durch die Zulassung zur Rückkehr in die deutschen Ostgebiete beheben, deren Rückgabe daher um des Friedens Europas und der Welt willen in verständnisvoller Zusammenarbeit der Völker mit friedlichen Mitteln angestrebt werden muss.

Unbeschadet dieser noch ausstehenden Entscheidung ist es vornehmste Pflicht aller Deutschen, den Vertriebenen nach besten Kräften zu helfen, sie in ihre Gemeinschaft aufzunehmen und ihnen eine neue Heimat zu geben.

Grundlegend für alle Maßnahmen muss die Erkenntnis sein, dass die Kriegsfolgen von der Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes gemeinsam zu tragen sind, und dass die Vertriebenen bereits mehr als ihren vollen Anteil zur Wiedergutmachung geleistet haben.

In dem Bewusstsein, dass die volle Gleichberechtigung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung die Voraussetzung für eine wirksame Vertriebenenhilfe und ein gedeihliches Zusammenleben ist, hat der Landtag dieses Gesetz beschlossen.

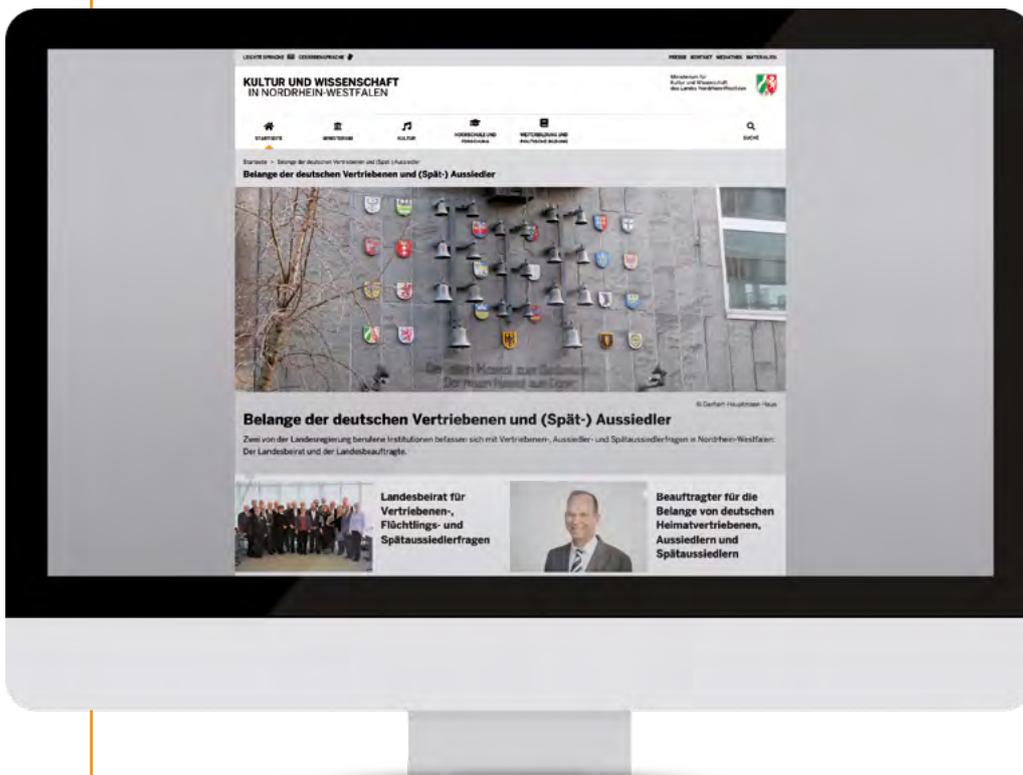


2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online www.mkw.nrw Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Oder folgen Sie uns auf TWITTER unter @VABNRW



Sie möchten das VAS-Journal bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen?

Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter claudia.brecht@mkw.nrw.de

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen beim
Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ACHTUNG: WIR SIND UMGEZOGEN!

Das Büro des Landesbeauftragten
und die Geschäftsstelle des Landes-
beirates befinden sich nun im

**RW14-Gebäude
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf**

Die Postanschrift lautet:

**Landesbeirat
im Ministerium für Kultur und
Wissenschaft
40190 Düsseldorf**

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: claudia.brecht@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam: Claudia Brecht, Heiko Hendriks, Martina Rodrigues

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von dem
Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: www.abindendruck.de

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
claudia.brecht@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht
ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen
Zustimmung des Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit den Ansichten des
Herausgebers. Sie dienen dem freien Meinungsaustausch der Mitglieder von
Vertriebenen- und (Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, Dezember 2020